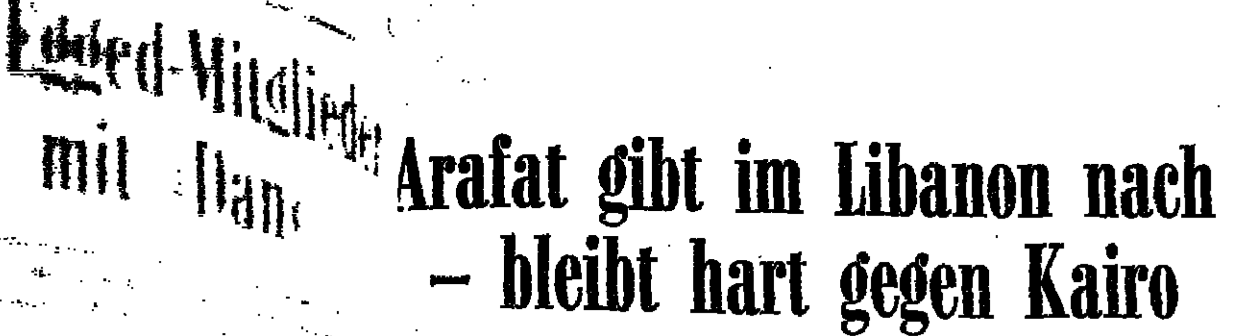


er Egged-Mitglieder
ion mit Dan

Arafat gibt im Libanon nach – bleibt hart gegen Kairo

— Eine Einheit der ara- Terroristen, die in dem esischen Städtchen Ra- Fuchad stationiert war, dieser Tage ihren Stütz- erlassen. Die Einwohner itchens haben die liba- Regierung durch ihre rationen unter Druck nd den Auszug der Ter- erzwungen — so mel- estern Korrespondenten nt.

fumung von Raschie-El- wurde gestern in einer ung zwischen dem liba- Ministerpräsidenten t vereinbart. Nach einer versicherte Arafat dem präsidenten bei dieser nkunft, die Terroristen hr Möglichstes tun, um rbeit der libanesischen an der israelischen icht zu gefährden.

Ursprünglich räumten die Terroristen lediglich das Zentrum des Städtchens, hielten aber die umliegenden Hügel besetzt. Die Einwohner setzten jedoch ihren Sitzstreik vor den Regierungsämtern in Marijd-Ajun fort und zwangen dadurch die Terroristen, die ganze Umgebung von Raschie-El-Fuchad zu räumen. Die Einwohner des Städtchens — ungefähr 3000 — hatten ihren Wohnort vor einer Woche infolge der israelischen Luftangriffe gegen die Terroristenstützpunkte verlassen.

ARAFAT WILL NICHT NACH KAIRO

Der Führer der palästinensischen Dachorganisation PLO, Jassir Arafat, weigert sich, einer Einladung von Aegyptens Staatschef Sadat nachzukommen und nach Kairo zu kommen. Dies meldete die libanesische Zeitung „Beirut". Die PLO verlange eine Klarstellung d. Politik Kairos sowie eine Ungültigkeitserklärung der jordanisch-ägyptischen Deklaration über die Vertretung der Palästinenser, schreibt das Blatt weiter. Erst nachdem diese zwei Forderungen erfüllt worden seien, werde Arafat Kairo besuchen.

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

DONNERSTAG, 15. AUGUST 1974 • PREIS: IL 1.— ★ יום חמישי, כ"ז באב תשל"ד ★ המחיר: ל"י

Neuer Kriegsausbruch auf Zypern

Seit gestern früh um 5.00 Uhr herrscht wieder Krieg auf Zypern. In den frühen Morgenstunden begannen türkische Truppen aus ihren bisher eroberten Gebieten vorzustossen. Hauptziel der Türken ist die Hafenstadt Famagusta. Sollten sie dieses Ziel erreichen, so hätte sie die Insel entzweigeschnitten und den wichtigsten Teil Zyperns, nämlich die Hafenstädte Kyrenia und Famagusta sowie die Umgebung der Hauptstadt Nikosia und einen Grossteil derselben unter ihrer Kontrolle. Die zahlen- und waffenmässig weit überlegenen Türken stossen allerdings nicht nur südwärts, sondern auch nach Osten und Westen vor.

Die türkischen Tanks rückten vor, nachdem zuvor türkische Flugzeuge mehrere Bombenangriffe gegen Nikosia geflogen hatten.

EXTERRITORIALES HOTEL BOMBARDIERT

Zwei Phantom-Maschinen der türkischen Luftwaffe bombardierten gestern mehrmals Hotels in der zypriotischen Hauptstadt Nikosia. In den Hotels hatten zahlreiche Ausländer Zuflucht gesucht. Eines der betroffenen Hotels ist das „Hilton", das von der UNO und dem Roten Kreuz als Hauptquartier auf der Insel benutzt wird und deshalb als exterritorial erklärt wurde. Bei den Bombardierungen des „Hilton" wurden mehrere der dort versammelten Vertreter der internationalen Presse verwundet.

VERGEBLICHER APPELL DES SICHERHEITSRATES

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen appellierte in einer zweieinhalbstündigen Sondersitzung vergebens an die Türkei und Griechenland, ihre Feindseligkeiten auf Zypern einzustellen. Der türkische Vertreter beschuldigte Griechenland, d. Genfer Abkommen nicht eingehalten zu haben. Der griechische Vertreter wiederum beschuldigte die Regierung in Ankara, die ganze Insel unter ihre Kontrolle bringen zu wollen.

Nach einer Vereinbarung zwischen den griechischen und den türkischen Streitkräften sollte gestern um 16.15 Uhr nach der Greenwich-Zeit eine Waffenruhe in Nikosia in Kraft treten. Eine Stunde nach diesem Zeitpunkt fielen jedoch noch Schüsse in der Stadt.

AUSLAND REAGIERT HEKTISCH

EG VERSUCHT ZU VERMITTELN

In Brüssel gab ein Sprecher der Europäischen Kommission, des Exekutivorganes der Europäischen Gemeinschaften, bekannt, dass seine Organisation im Zypern-Konflikt vermitteln wolle. Als Sprecher der neun Mitgliedsstaaten soll Frankreich auftreten.

GROSSBRITANNIEN WILL NICHT MILITAERISCH INTERVENIEREN

Ein britischer Regierungssprecher teilte in London mit, dass seine Regierung keinesfalls militärisch im Krieg um Zypern intervenieren werde. Die Erklärung wurde nach einer Zusammenkunft zwischen **Premierminister Harold Wilson** und dem aus Genf zurückgekehrten **Aussenminister James Callaghan** abgegeben. Wilson hat angesichts der militärischen Auseinandersetzung auf Zypern seine Ferien abgebrochen. In London wurde bekanntgegeben, dass UN-Generalsekretär Waldheim zu einer Besprechung mit Aussenminister Callaghan erwartet werde.

Callaghan selbst macht vor seinem Abflug in Genf die Türkei für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich, da sie nicht einmal die Antwort der Verhandlungspartner auf ihre Forderungen abgewartet, sondern sofort militärisch interveniert habe.

SOWJETISCHE KRIEGSSCHIFFE KOMMEN

Drei sowjetische Kriegsschiffe haben den Bosporus in Richtung östliches Mittelmeer passiert. Dies wurde in Istanbul bekanntgegeben. Die drei Schiffe aus dem Schwarzen Meer sollen nach Ansicht politischer Beobachter keinesfalls in irgendwelche Kämpfe von Zypern eingreifen, sondern stellen eine Art „Alarmbereitschafts - Erklärung" durch die Sowjetunion dar.

HEFTIGE KAEMPFE HALTEN AN

Der türkische Sender auf Zypern erklärte gestern nachmittag, dass die türkischen Truppen planmässig vorrückten. „Zahlreiche Tanks des Gegners, Lastwagen und Geschütze sind zerstört worden", hiess es in einem Militärcommuniqué, „eine ständig ansteigende Anzahl von gegnerischen Soldaten ergibt sich."

EKEVIT: VORGEHEN GERECHTFERTIGT

Der türkische Ministerpräsident Bulent Ekevit verteidigte in Ankara den erneuten militärischen Vorstoss seiner Truppen. Ekevit rechtfertigte den türkischen Angriff mit dem Hinweis auf „die von Griechenland und den Griechisch-Zyprioten in Genf eingeschlagene Verzögerungstaktik". Gleichzeitig betonte der türkische Regierungschef, dass er laufend Meldungen von seinen Truppen auf der Insel erhalte, wonach sich befreite Türkisch-Zyprioten über schwere Misshandlungen von seiten der Griechen beklagen, solange sie unter deren Herrschaft waren.

Die beiden grossen Radiostationen der Griechen auf Zypern schwiegen während mehrerer Stunden. Danach meldete sich die eine wieder und gab den Abschuss von vier türkischen Flugzeugen bekannt. Dies wurde von Ankara sogleich dementiert und weitere Terraingewinne der eigenen Truppen proklamiert. Unter anderem sollen auch ein Militärflughafen sowie gegnerische Armeelager erobert worden sein.

Am Abend wurden schwere Kämpfe in der näheren Umgebung des internationalen Flughafens von Nikosia gemeldet. Der Flughafen war vor Ausbruch der neuen Kämpfe teilweise in türkischer und griechisch-zypriotischer Hand, teilweise befand er sich unter Kontrolle britischer Truppen.

20 UN-SOLDATEN VERWUNDET

Nach letzten Meldungen wurden bei den neuerliche Kämpfen bisher 19 UN-Soldaten verwundet. Bei 15 von ihnen soll es sich um Finnen handeln, während die Nationalität der anderen noch nicht bekannt ist. Es dürften dies höchstwahrscheinlich Briten sein.

TRUPPEN-KONZENTRATIONEN ENTLANG DER GRENZE

Sowohl aus der Türkei als auch aus Griechenland melden ausländische Korrespondenten massive Truppenkonzentrationen entlang der gemeinsamen Grenze. Beide Armeen befinden sich in höchster Alarmbereitschaft. Griechenland hat die als äusserst stark geltende Dritte Armee von Saloniki an die Grenze zur Türkei verlegt, was als wichtiger Hinweis gewertet wird, da diese Armee selbst anlässlich der türkischen Invasion auf Zypern vor wenigen Wochen ihren Standort beibehalten hat und nicht an die Grenze geschickt worden war.

at kritisiert erneut die Sowjetunion

yptische Staatspräsident adat hat erneut die So- heftig kritisiert. Sein be seit neun Monaten jetischen Waffen mehr erklärte Sadat in einem mit der libanesischen t „As Sajat". „Es sieht nicht danach aus, als ir in Zukunft irgend- 'affen aus der Sowjet- alten", meinte er wei- ägyptische Staatschef h aber gleichzeitig er- die umfangreichen so- Waffenlieferungen an d die Palästinenser.

Palästinenserfrage eingehend erklärte Sadat weiter, die gemeinsame ägyptisch-jordanische Erklärung, die er mit König Hussein anlässlich von dessen Aegypten-Besuch abgegeben habe, sei keineswegs gegen die Palästinenser gerichtet. Es sei ihm vielmehr darum gegangen, es Israel nicht zu ermöglichen, die verschiedenen palästinensischen Organisationen und Vertretungen an der Genfer-Nahost-Konferenz gegeneinander auszuspielen. Deshalb wollte er Klarheit über die Vertretung der einzelnen Palästinensergruppen schaffen.

chenland verlaesst NATO-Militaerpakt

chische Regierung hat Sondersitzung den ller Truppen aus dem schen Verteidigungs- bekanntgegeben. nd will allerdings auch Mitglied der politi- men der NATO blei- Grund für diesen dra- chritt gab ein Regie- her in Athen die Tat- dass die NATO offen- nfähig sei, einen Kon- hen zwei Mitgliedsstaa- hindern und kein Mit- Hand habe, um die n ihren Kriegsplänen u.

TO-Sprecher in Brüs- rte den Schritt Grie- ausserordentlich, teil- gleichzeitig mit, dass anisation bisher von ischen Regierung offi- nicht unterrichtet wor-

TO-Rat, die höchste politische Behörde der Organisation, ist in der belgischen Hauptstadt zu einer dringenden Sitzung zusammengetreten. An der Sitzung nahmen auch Vertreter der beiden direkt betroffenen Staaten, Griechenland und Türkei, teil.

MAVROS: DIE NATO IST TOT

Wütend zeigte sich der griechische Aussenminister Mavros auf dem Genfer Flughafen Cointrin, von wo er nach Athen heimflog. Mavros erklärte wörtlich: „Die NATO ist tot." Er zeigte sich enttäuscht über den mangelnden Druck der Mitgliedsstaaten auf die Türkei und erklärte, dass dies zeige, dass der Nordatlantikpakt seine Bedeutung und seinen inneren Zusammenhang verloren habe.

Nach seiner Ankunft in Athen nahm Mavros sofort an einer dringenden Regierungssitzung teil. Das griechische Kabinett tagt in Permanenz. Daneben wurde ein eigentlicher Krisenrat aus militärischen und politischen Fachleuten sowie Spitzenpolitikern gebildet, der die Regierung in ihren Entscheidungen berät.

GENFER ZYPERN-KONFERENZ GEPLATZT

In Genf wurden auf Grund der Ereignisse auf der Insel die Gespräche zwischen den Aussenministern Griechenlands, der Türkei und Grossbritanniens, sowie der Vertreter der beiden Bevölkerungsteile Zyperns abgebrochen, ohne dass ein neuer Verhandlungstermin beschlossen wurde. Sowohl Griechenlands Aussenminister als auch derjenige der Türkei machten für den neuerlichen Krieg und den Verhandlungsabbruch jeweils die Gegenseite verantwortlich.

Der türkische Aussenminister Günes erklärte in Genf, Ziel der erneuten militärischen Aktion seines Landes sei es, den Türkisch-Zyprioten durch Territorialgewinne mehr Sicherheit in der Zukunft bieten zu können. Griechenland hätte im Verlaufe der bisherigen Verhandlungen kein Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse der auf der Insel ansässigen Türken gezeigt.

Die Türkei hatte zuletzt auf einer Föderation von sechs Kantonen auf der Insel bestanden und Griechenlands Regierung zu einem sofortigen Entscheid aufgefordert. Der britische Aussenminister Callaghan hatte hierauf eine Verhandlungspause von maximal zwei Tagen vorgeschlagen. Trotz zahlreicher Bemühungen der britischen Regierung und des amerikanischen Aussenministers Kissinger, der mindestens viermal mit dem türkischen Regierungschef Ekevit telefonierte, gab die Türkei in den frühen Morgenstunden den Befehl zum Angriff.

USA UEBEN DRUCK AUS

Die Vereinigten Staaten haben am Abend die Türkei aufgefordert, ihre militärischen Vorstösse einzustellen. Griechenland und die Türkei wurden von den USA gebeten, sich der Feuereinstellungs-Resolution des UN-Sicherheitsrates zu beugen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Der Sprecher des amerikanischen Aussenministeriums, Robert McCloskey, erklärte weiter, dass seine Regierung sofort jede weitere Waffenhilfe für beide Staaten einstellen werde, falls ein Krieg zwischen der Türkei und Griechenland ausbreche.

ISRAELISCHE BOTSCHAFT IN KONTAKT MIT ALLEN ISRAELI

Die Botschaft Israels auf Zypern ist in ständigem Kontakt mit allen auf der Insel anwesenden Israeli. Dies teilte das Aussenministerium in Jerusalem mit. **Die Zahl der auf Zypern weilenden Israeli ist sehr klein,** da sich infolge der vorangegangenen Kämpfe und Spannungen nur noch Botschaftsangestellte und Angehörige der Baugesellschaft Solel Bone wieder auf die Insel gewagt haben. Nach letzten Meldungen sind alle Israeli wohlauf.

och immer 57 vermisste Soldaten seit dem Jom Kippur-Krieg

An der ägyptischen syrischen Front wer- m Jom Kippur-Krieg r 57 israelische Sol- nisst. Davon dürften rmisste auf dem Ge- weiten und der Drit- schen Armee befin- die Aegypter weigern uche nach diesen ver- daten zu gestatten. ahal-Soldaten, welche die Besatzung eines ins Meer abgestürzten Flugzeugs bildeten, gelten ebenfalls als vermisst.

Im Dezember vorigen Jahres betrug die Zahl der an der ägyptischen Front Vermissten 406 Soldaten; 38 wurden damals an der syrischen Front vermisst. Inzwischen wird an der Nordfront nur noch ein Zahal-Soldat vermisst.

Vermehrte amerikanische Hilfe fuer Israel

Die aussenpolitische Kommission des amerikanischen Senates beschloss grundsätzlich die Erhöhung der Finanz- und Militärhilfe für Israel. Ein Militärkredit in der Höhe von 100 Millionen Dollar wurde in eine Militärhilfe von gleicher Höhe umgewandelt. Die Beschlüsse müssen noch vom Kongress bestätigt werden.

Im übrigen beschloss die Kommission eine drastische Kürzung des noch vom damaligen Präsidenten Nixon vorgeschlagenen Auslandshilfe-Programms. Die Kommission schloss sich mit Mehrheit einem demokratischen Vorschlag an, insgesamt Kürzungen von 22 Prozent vorzunehmen. Noch in seiner Antrittsrede hatte Präsident Ford den befreundeten Staaten versprochen, die massive amerikanische Unterstützung weiter aufrechtzuerhalten.

LIBANESISCHE ZEITUNG BERICHTET VON JORDANISCH-ISRAELISCHEM TREFFEN

Eine libanesische Zeitung in Beirut berichtet von Geheimtreffen zwischen jordanischen und israelischen Vertretern in Washington. Laut Meldung der Zeitung „Al Schafir" soll Jordaniens Ministerpräsident Rifai mit dem israelischen Botschafter in der amerikanischen Hauptstadt, Simcha Dinitz, zusammengetroffen sein. Rifai soll dabei die Bereitschaft seiner Regierung erklärt haben, zivile israelische Siedlungen im Jordantal zu akzeptieren. Gleichzeitig soll Rifai allerdings gesagt haben, Jordanien bestehe unverändert auf einem Rückzug aller israelischen Truppen aus dem Jordantal.

SYRIEN DEMENTIERT LUFTRAUM-VERLETZUNGEN

Radio Damaskus dementierte am Mittwoch die israelische Behauptung, dass syrische Düsenjäger vom Typ MIG-21 in den israelischen Luftraum zumZweck der Luftaufklärung eingedrungen sind.

Der syrische Sender behauptete, auch die Nachricht, Syrien habe schwere Granatwerfer in die Zone der verringerten Streitkräfte gebracht, sei eine israelische Propaganda. Diese israelischen Behauptungen — so setzte der syrische Sender fort — stehen im Zusammenhang mit der angekündigten israelischen Totalmobilmachung, welche den Boden für eine neue Aggression vorbereiten soll.

DIE LETZTEN 24 STUNDEN

● **Libyen hat vier Terroristen,** darunter zwei Palästinenser, freigelassen, die vor einem Jahr einen japanischen Jumbo-Jet entführt und auf dem Flughafen der libyschen Stadt Bengasi gesprengt hatten.

● **Der syrische Staatspräsident Assad,** sein Ministerpräsident sowie der stellvertretende Regierungschef und Aussenminister sind zu einem offiziellen Besuch in Jugoslawien eingetroffen. Assad folgt einer Einladung von Jugoslawiens Staatschef Tito mit dem er nun zum dritten Mal zusammentreffen wird.

● **Der sowjetische Kernphysiker Andrej Sacharow** hat zugunsten des wegen Spionage zum Tode verurteilten jüdischen Wissenschaftlers Dr. Heinrich Spetter appelliert. (Siehe auch S. 2).

● **Der amerikanische Senat** hat einen Kredit von 100 Millionen Dollar an die Produzentin des F-14 Militärflugzeuges verweigert. Die Senatoren warfen der Firma vor, die Verträge mit der Regierung nicht einzuhalten.

DAS WETTER

Temperaturen: Jerusalem 17 — 25, Tel Aviv 22 — 28, Haifa 23 — 29, Zfat 16 — 26, Tiberias 21 — 34, Afula 18 — 30, Lod 21 — 29, Totes Meer 21 — 36, Beer Schewa 18 — 31, Ejlat 24 — 36 Grad.

תל־אביב־יפו
TEL-AVIV—JAFO
P. P. — שולם
139

Unsere liebe

Jenny Bruenn

geb. Kahn

hat uns nach einer Herzattacke fuer immer verlassen.

Die trauernde Familie

KAHN, HAREL, BRUENN, HOD

Krach
schland

aus Israels PRESSE

DIE BAUBESCHRÄNKUNGEN

Haarez ist der Ansicht, dass die Baubeschränkungen allgemein härten erfolgen sollen, ohne auch nur die allergeringste Ausnahme zuzulassen. Auch die neue Tel Aviver Autobus-Zentralstation sollte nicht weitergebaut werden. Sie ist sowieso bereits um zwei Jahre zurück, sie hätte längst fertig sein sollen, es spielte also kaum irgendeine Rolle, ob sie jetzt noch eine gewisse Zeit später fertig werden würde. Es ist niemals gut und es ist niemals richtig Ausnahmen zuzulassen, meint die Zeitung, da durch solche Massnahmen der Protektionismus gestärkt wird. Es war durchaus ein Fehler, nicht einen allgemeinen, alle Zweige umfassenden Baustopp durchzuführen.

MEHR JUDEN IN DEN GALIL

Al Hamischmar stellt mit Bedauern fest, dass in den letzten Jahren nicht weniger als zehntausend jüdische Einwohner das Gebiet des Galil verlassen haben, und zwar hauptsächlich deshalb, weil sie in dieser Zone nicht genug Arbeit fanden. Die Zeitung ruft die Regierung dazu auf, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um diese Gebiete im Landesnorden jüdisch besiedeln zu lassen und meint, es müsse eben dafür gesorgt werden, dass sowohl genügend Wohnungen wie auch die notwendigen Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Es dürfe nicht noch einmal vorkommen, dass die Einwohner gezwungen werden, Orte zu verlassen, da sie ganz einfach dort keine Existenz mehr finden können.

KAMPF DEN VERKEHRSUNFÄLLEN

Omer schlägt vor, dass man nur nach sehr eindeutiger Prüfung, wobei darauf geachtet wird, wie die persönlichen Eigenschaften des Chauffeurs sind, Führerscheine vergeben werden, damit wir endlich der mörderischen Verkehrsunfälle im Lande in irgendeiner Weise Herr werden können. Wir müssen auch strafen und aufpassen, um die gefährlich fahrenden Autolenker aufzuspüren und zu treffen. Wenn wir jetzt nicht etwas unternehmen werden, um die Zahl der Verkehrsunfälle im Lande drastisch einzuschränken, kann das nur zu einer echten Katastrophe führen.

DER NAHE OSTEN UND PRÄSIDENT FORD

Dawar weist darauf hin, dass US-Präsident Gerald Ford bei seiner grossen Rede vor dem Kongress nur wenige Worte dem Nahen Osten gewidmet hat. Hier muss bemerkt werden, dass die grossen Erfolge Kissingers im Orient fortgeführt werden sollen und man auch darauf achten wird, die Freundschaft zu den Arabern schon um des Petroleums willen, aufrechtzuerhalten. Dass Ford d. Inflation in Amerika drastisch bekämpfen will, ist auch für uns von Bedeutung, da die Eindämmung der amerikanischen Inflation Einfluss auf diese Entwicklung im Weltmasstabe haben muss.

NICHT MEHR FRIEDEN — NUR NOCH REGELUNG

Hazofe betont den Unterschied in der Diktion, der jetzt in allem, was den Nahen Osten angeht, deutlich zu hören ist. Man spricht keineswegs mehr von Frieden im Nahen Osten, so wie das früher der Fall gewesen ist. Auch im State Department in Washington ist die Rede nur noch von einer Reihe von Regelungen, die dafür sorgen sollen, die Ruhe im Orient aufrechtzuerhalten. Es ist für uns von allergrösster Bedeutung darauf zu achten, dass es diese Unterschiede in der Ausdrucksform nun gibt, denn sie ist es ja, die uns zeigt, wie die Bemühungen im Orient in Wirklichkeit aussehen, meint die Zeitung zu dieser Frage.

MOSKAU FISCHT IM TRÜBEN

Hamodia beschuldigt die Sowjetunion, an allen Krisen im Nahen Osten Schuld zu tragen. Auch jetzt sind es wieder die Russen, die versuchen, ihren Einfluss zurückzugewinnen und daher alles tun, um Zwietracht im Nahen Osten zu säen, meint die Zeitung.

Die Wartung der stillgelegten ZIM-Schiffe kostet viel Geld

(AS) — Die Betreuung und Wartung der Passagierschiffe „Dan" und „Nili" im Haifaer Hafen kostet pro Monat eine Million IL, wie jetzt der Presse und dem Fernsehen bekannt gegeben wurde. Hafenkapitän Zwi Finkelstein, der selbst eine Zeitlang Kapitän eines der Schiffe vor deren Stillegung war, betonte, dass sie nur auf ein bis zwei Monate im Hafen liegen sollten. Doch ankern sie jetzt bereits seit einem Jahr am Wellenbrecher, ohne dass sie verkauft werden konnten. Die Gesellschaft für ihren Betrieb, ZIM-Passanger Lines, wurde inzwischen aufgelöst. ZIM ist nicht verantwortlich und das Finanz- und Verkehrsministerium schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu. Eine Rumpfmannschaft an Bord, die für die Wartung sorgt, erklärte verbittert, dass 40jährige und ältere Schiffe ankommen und abfahren, während diese modernen Schiffe stilliegen und Ankerplatz wegnehmen.

Ausländische Fluggesellschaften verweigerten Abflug von Lod

Fünf ausländische Fluggesellschaften — TWA, Air France, KLM, Alitalia und Olympic — haben ihre Passagierflüge von und nach Israel vorübergehend eingestellt. El Al-Flugzeuge unterbrachen den planmässigen Flugverkehr nicht, während die übrigen ausländischen Gesellschaften den Flugbetrieb in den Mittagsstunden wieder aufnahmen. Sie umfliegen Zypern auf einem Umweg.

Auf dem Ben Gurion-Flughafen in Lod bildeten sich in den Morgenstunden lange Warteschlangen. Sowohl die Türkei wie auch Griechenland hatten nach dem Wiederaufleben der Kämpfe auf Zypern eine Sperre des Luftraums für den zivilen Flugverkehr angeordnet, die um 6 Uhr israelischer Zeit in Kraft trat. Von diesem Zeitpunkt an bestand keine Funkverbindung mehr zwischen den Flugzeugen und den Flugüberwachungsbehörden auf dem türkischen und dem griechischen Festland.

Verschiedene ausländische Fluggesellschaften beschlossen daraufhin, ihre Linienflüge abzusagen. Lediglich die El Al-Flugzeuge verkehrten entsprechend dem Flugplan.

Als erstes Flugzeug aus westlicher Richtung traf um 10.45 Uhr der El Al-Jumbo aus New York mit 350 Passagieren an Bord in Lod ein. Wie der Flugkapitän versicherte, konnte er mit Hilfe der israelischen Luftaufsicht d. Kampfgebiet umfliegen. Flugzeuge ausländischer Gesellschaften blieben jedoch aus. Der Flugverkehr nach Teheran und in den Fernen Osten wurde nicht unterbrochen.

Um 5 Uhr früh hatte noch ein TWA-Flugzeug den gesperrten Luftraum ohne Schwierigkeiten überfliegen können. Die „Air France" verschob den Abflug einer Maschine um eine Stunde, erlaubte schliesslich den Start, doch ordnete schon bald darauf den Rückflug nach Lod an. Nachdem bereits zwei Flugzeuge der TWA, ein Flugzeug der KLM, zwei Flugzeuge der „Air France" und ein Flugzeug der „British Airways" den Abflug verweigert hatten, forderte der Direktor des Ben Gurion-Flughafens, Elieser Cohen, die Vertreter der ausländischen Fluggesellschaften zu einer Erklärung ihres Verhaltens auf, das in Anbetracht der Tatsache, dass andere Fluggesellschaften und auch die El Al trotz Luftraumsperre ihre Flugp[läne] einhalten konnten, völlig u[nge]rechtfertigt erschien. Die [Ver]treter der vorgeladenen Flu[gge]sellschaften beriefen sich [auf] Anweisungen ihrer Zentralle[itun]gen, die einen Verzicht auf [die] Flüge angeordnet hatten.

Auch andere Flugplätze [im] Nahen Osten leiden unter [der] Luftraumsperre. Ein Passa[gier]flugzeug vom Typ „Iljuschin" der ostdeutschen „Interflug" [Ge]sellschaft, das sich auf dem [Flu]ge von Damaskus nach B[...] befand, konnte Zypern [nicht] überfliegen und musste e[inen] weiten Umweg in Kauf neh[men].

»Dreyfus-Urteil« in Bulgarien

Das Oberste Gericht Bulgariens hat die Berufung gegen das Todesurteil für den 53jährigen jüdischen Wirtschaftler **Dr. Heinrich Spetter** abgewiesen. Es bleibt ihm jetzt nur noch die Einreichung eines Gnadengesuchs beim bulgarischen Staatsoberhaupt Todor Schiwkow übrig.

Die Familienangehörigen Dr. Spetters sprechen von einem Dreyfus-Prozess. Sowohl die Anklage auf Spionage wie auch die später erhobene Anklage auf Devisenvergehen entbehren jeglicher Grundlage. Dr. Spetter hatte mit Erlaubnis der bulgarischen Behörden im Rahmen der UNIDO, der UN-Organisation für industrielle Entwicklung, gearbeitet und sein Land verlassen. Es lag nie in seiner Absicht, diese Tätigkeit zu einer Spionage zugunsten Israel auszunutzen und die von den Vereinten Nationen empfangene Vergütung für seine Arbeit vor den bulgarischen Behörden zu verheimlichen. Seinem Rechtsanwalt Velischko Iwanow, der Sekretär der bulgarischen Rechtsanwaltskammer und Mitglied der Kommunistischen Partei ist, gelang es nicht, das Gericht von der Unschuld seines Mandanten zu überzeugen. Weder das Bezirksgericht von Sofia, das ihn am 31. Mai nach nur vier Verhandlungstagen zum Tode verurteilt hatte, noch das Oberste Gericht, das am 5. August mit der Verhandlung des Berufungsantrags begann, erkannten Dr. Spetter für schuldig im Sinne der Anklage. Weder Vertreter der „Amnesty" noch andere Familienangehörige Dr. Spetters ausser seiner Ehefrau erhielten die Erlaubnis, den Verhandlungen beizuwohnen.

JUNGE FRAU AUS NATANIA WURDE IN LONDON UEBERFAHREN

Eine Lehrerin an der religiösen „Sinai"-Schule von Natania, Toni Cohen, wurde im Norden Londons von einem Auto überfahren und verstarb auf dem Wege ins Krankenhaus.

Toni Cohen und ihr Ehemann Elasar waren im Rahmen eines Ferienaufenthalts nach England gekommen und hatten in London ein Hotelzimmer gesucht. Wegen Mangels an freien Zimmern im Hauptgebäute wurden sie in ein Nebengebäude verwiesen. Als sie auf dem Wege dorthin die Strasse überschreiten wollten, wurde Toni Cohen von einem Auto erfasst. Noch im Ambulanzfahrzeug, das sie ins Krankenhaus überführen sollte, erlag sie ihren schweren Verletzungen.

Scotland Yard hat sofort die Nachforschungen nach dem Chauffeur, der mit seinem Fahrzeug von der Unfallstelle floh, aufgenommen.

Die beiden Töchter des Ehepaars Cohen, 6 bezw. 4 Jahre alt, waren in Natania geblieben.

Israelis kaufen Gasheizung

Mehr und mehr beginnen die Israelis die meistens feuchte Kälte zu spüren, die im Winter im Lande herrscht — jedenfalls nach der Auffassung der Israelis, denn Besucher aus dem Ausland lächeln gewöhnlich mitleidig über das, was der Landesbewohner als Winter bezeichnet, es sei denn, es regnet gerade besonders stark.

Während früher recht primitive **Petroleumöfen** die israelischen Wohnungen heizten, meistens nicht sehr wirkungsvoll, während ein unverkennbarer Erdölgeruch in der Luft hing — war man während der vergangenen Jahre bereits dazu übergegangen, ausgezeichnete Petroleumöfen herzustellen, die zwar nicht billig waren, dafür aber geruchlos genügend Wärme verbreiteten, um nicht nur wie früher ein Zimmer, sondern eine ganze Wohnung der Kälte zu entreissen. Dazu kam, dass viele dazu übergingen, nur noch elektrische Öfen zu benutzen; das war einfach, sauber, und wenn es auch etwas mehr kostete, lohnte es sich meistens.

In den vergangenen Jahren endlich hatten sich zahlreiche Israelis entschlossen, in ihren Wohnungen — allerdings gilt dies in den meisten Fällen für Kleinhäuser und Villen — **Zentralheizungen** installieren zu lassen. Auf diese Weise wurde die ganze Wohnung angenehm erwärmt, das Heizöl wurde von Spezialfirmen ins Haus geliefert. Zwar musste man mehrere 1 000 IL hinlegen, um die Installation zu bezahlen, aber die Ölheizung war verhältnismässig billig und auf lange Zeit rentierte sich die Investierung.

Mit dem Jom Kippur-Krieg erlebte dieses Geschäft einen schweren Rückschlag. Der Mangel an Treibstoff war zwar in Israel kaum besonders spürbar, aber die Furcht vor einem solchen Mangel genügte zur vorsichtigen Zurückhaltung. So sah sich der Israeli nach einer neuen Heizmöglichkeit um.

Diese neue Möglichkeit ist jetzt durch **Gasöfen** gegeben. Mehr und mehr geht man heute in Israel dazu über, in neuen Gebäuden zentrale Gasbehälter einzubauen, also nicht mehr wie bisher jeder Wohnung zu überlassen, mit immer wieder auszuwechselnden Gasballonen zu kochen — oder zu heizen. Auf diese Weise ist die Gasheizung die billigste und einfachste Methode — und Erdgas be[sitzt] Israel selbst in ausreiche[nder] Menge, sodass keine Furcht [vor] Knappheit bestehen muss. [So] kam das sehr gut sortierte [An]gebot an Gasöfen zustande, [das] zur Zeit in Israels Städte[n zu] sehen ist.

HAFEN ASCHDOD KANN KOHLEN LAGERN

Besondere Vorrichtungen für die Entladung und Lagerung von Kohle in allen möglichen Arten — auch flüssig — werden zur Zeit in Israels zweitem Mittelmeerhafen Aschdod angebracht.

Nachdem Israel beschlossen hatte, seine Elektrizitätswerke mit allen Installationen zu versehen, die es ihnen ermöglichen, Strom auch aus Kohle und nicht nur wie bisher nur aus Erdöl zu gewinnen, wird es notwendig sein, diese Kohle auf dem Seeweg nach Israel zu bringen.

Gespraeche um di[e] Zukunft der spanisc[hen] Sahara

Madrid (R) — Gespräche [über] die Zukunft der spanische[n Sa]hara nahmen in Madrid zwi[schen] der spanischen und der mar[okka]nischen Regierung ihren A[nfang]. In den letzten Wochen er[höhte] sich zwischen beiden Lä[ndern] die Spannung wegen diese[s Ge]bietes.

Letzthin tauschten Gene[ralis]simo Franco und König H[assan] II. Botschaften zu diesem [The]ma aus und beschlosse[n, in] Madrid Verhandlungen a[ufzu]nehmen. Etwa 70.000 Nor[...] leben in der spanischen S[ahara], in der zweieinhalb Mill[ionen] Tonnen Phosphate pro Ja[hr zu] Tage gefördert werden. Die[...] nier wollen die Produktio[n auf] zehn Millionen Tonnen [erhö]hen. Auch Algerien und M[aure]tanien, die an die spanisch[e Sa]hara grenzen, haben Ansp[rüche] geltend gemacht.

WAEHRUNGSRESERV[EN] DER OELLAENDER STARK GESTIEGEN

Die Währungsreserven d[er] wichtigsten ölexportien[den] Staaten wuchsen um 16 Pr[ozent] auf 30 Mrd. Dollar. Nach [Stati]stiken des Internationalen [Wäh]rungsfonds (IWF) sind si[e da]mit seit Oktober letzten J[ahres] um mehr als 17 Mrd. Dollar [oder] 130 Prozent gestiegen. Grund für den rasanten A[nstieg] ist der damalige Preisanstie[g um] rund 400 Prozent für Roh[öl].

NEUE STAATSMINIS[TER] IN DER DEUTSCHE[N] REGIERUNG

Die parlamentarischen S[taats]sekretäre im Auswärtigen [Amt] in Bonn, **Wischnewski** [und] **Knausch**, sind zu Staatsmin[istern] ernannt worden. Aussenmi[nister] Genscher überreichte ihne[n die] Ernennungsurkunden an s[einem] Urlaubssitz im Berchtesga[dener] Land. Die beiden Staatsmi[nister] sind damit den übrigen V[er]tern der EG-Aussenmi[nister] gleichgestellt.

IN MEMORIAM — Klara Loewy

Kurze Zeit vor Vollendung ihres 85. Lebensjahres verstarb in Naharia nach einem reichen ausgefüllten Leben **Frau Klara Loewy**, Ehrenbürgerin der Westgalilstadt, die von ihren Freunden „Kulle" genannt wurde.

Die Witwe des Naharia-Gründers Ing. Joseph Loewy s.A. war eine der farbigsten Persönlichkeiten des alten Naharia. Mit seltener geistiger Rüstigkeit begnadet, wusste sie anschaulich und plastisch aus den „Pionierjahren" des Jischuw zu erzählen und zu berichten. Im Jahre 1920 war sie mit ihrem Mann in das damals noch völlig unentwickelte Mandatsland Palästina gekommen und hatte das wechselvolle Schicksal ihres Mannes als treue Lebenskameradin mutig und unverzagt mitgetragen.

Sie zog mit ihm auf den damals fast menschenleeren Karmel und in die Einsamkeit von Jaarot Hakarmel und schliesslich nach Naharia. Sie war der Mittelpunkt einer grossen Familie, die sie liebte und verehrte.

Kulle Loewys Liebe — nicht nur zu ihren Angehörigen, sondern für alle, die Förderung, Unterstützung und Hilfe brauchten — wies ihr (die seit 1949 Witwe war) den Weg zu einer intensiven Sozialarbeit, besonders im Rahmen der WIZO.

Sie war eine vorbildliche Hausfrau und Mutter und eine wunderbare Jüdin, die im Rahmen von Bnej Brit und der liberalen Gemeinde „Emet we Schalom" an ihrem schönen Lebensabend noch eine geistige Heimat fand.

Naharia — ohne Kulle Loewy — ist ärmer geworden. Ein ehrendes Andenken ist ihr gewiss.

Erich M. Lehmann

GABRIEL DORON GESTORBEN

In Jerusalem verstarb **Gabriel Doron**, der Direktor der Rundfunk-Anzeigen-Gesellschaft „Regie Israel".

Doron war 1914 als Sohn des Arztes Dr. Herman Moscowitz in Rechowot geboren. Er diente in der Hagana und bei den Pioniertruppen Zahals, wo er den Majorsrang erreichte. Seit 1949 stand er im diplomatischen Dienst. Er war Konsul in Sydney und Bombay und Generalkonsul in Johannesburg, später Mitglied der israelischen Vertretungen in Brasilien und Kuba und schliesslich Botschafter in Ecuador. In den Jahren 1960—1965 und wiederum seit 1972 arbeitete er in der kaufmännischen Abteilung des Rundfunks, zuletzt bei der „Regie Israel", deren Direktion ihm übertragen wurde.

Liberale und Staatsliste denken an Fusion

Zwischen Vertretern der Liberalen Partei und der Staatsliste sollen in Kürze Verhandlungen über den Zusammenschluss der beiden Listen zur „Liberalen Staatspartei" aufgenommen werden. Aufgrund der Vorverhandlungen sollen die Vertreter der beiden Listen entsprechend ihrem derzeitigen Kräfteverhältnis im Likud in der Knesset und in den Kommunalverwaltungen vertreten sein. Der Leiter der Cherut-Bewegung, MdK Menachem Begin, ist über die geplanten Fusionsverhandlungen informiert und widersetzt sich dieser Absicht nicht.

Aus dem Statistischen Jahrbuch von Tel Aviv:

Fernsehempfänger ist wichtiger als Waschmaschine

In Tel Aviv gab es im Monat April 1973 bereits 137.330 Wohnungen, von denen 40% bereits vor dem Jahre 1947 gebaut wurden. Etwa die Hälfte von diesen sind Kleinwohnungen mit einem oder zwei Zimmern, 45% sind Dreizimmer-Wohnungen und nur 7% Wohnungen mit vier und mehr Zimmern. Etwa 60% befinden sich im Besitz ihrer Bewohner. Die Wohndichte beträgt durchschnittlich 1.34 Personen pro Zimmer, überschreitet jedoch bei gewissen Einwanderergruppen die Wohndichte von zwei Personen pro Zimmer. Etwa zwei Drittel der Wohnungen haben ein Badezimmer, die übrigen zum grössten Teil wenigstens einen Duschraum.

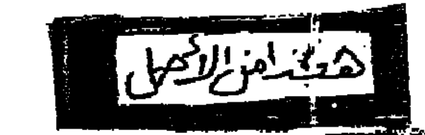
Das monatliche Durchschnittseinkommen liegt in Tel Aviv mit 1.178 IL etwas über dem Landesdurchschnitt von 1.010 IL. Folgende Gegenstände konnten sich die Tel-Aviver anschaffen: 98.5% einen elektrischen Kühlschrank, 92.3% ein Radio, 74.8% ein Fernsehgerät, 58.6% einen Telefonanschluss, aber nur 40.3% eine Waschmaschine und 22.8% ein Privatauto.

Der Wohnungsbau hatte in Tel Aviv im Jahre 1971 seinen bisherigen Höchststand mit 3.446 Wohnungen (11.179 Zimmern) erreicht; die Zahlen des Jahres 1972 liegen etwas niedriger, doch ist der Anteil der privaten Bauvorhaben auf 80% gestiegen. Im Jahre 1973 wurden vor allem Dreizimmer-Wohnungen gebaut. Schwerpunktprogramm des sozialen Wohnungsbaus war die Slums-Bereinigung in Jaffa; weitere 230 Familien konnten von dort in grössere Wohnungen umziehen. Im Rahmen dieses Programms wurden seit dem Jahre 1957 bereits 9.452 Familien berücksichtigt, vor allem im Manschie-Viertel, in Jaffa und in Kfar Schalem.

Ziel der öffentlichen Bauvorhaben waren vor allem Verbesserungen des Erziehungs- und des Hospitalwesens. Sieben neue Kindergärten, zwei Grundschulen und zwei Mittelschulen wurden im Jahre 1973 gebaut. Schwerpunkt im Krankenhauswesen war der Ausbau des Ichilow-Hospitals. Andere Bauvorhaben galten dem Ausbau des Kanalisationsnetzes, das um weitere 3.5 km auf eine Gesamtlänge von 85.8 km erweitert wurde. In den Parks und Anlagen der Stadt wurden 80 Dunam neu bepflanzt. Auch die Strassenbeleuchtung konnte wesentlich erweitert und verbessert werden.

Parkplatzmangel

Die Massnahmen des Israeli - zu



Der Parkplatzmangel und die Polizei

Europa gilt es als eine aufgabe der Polizisten, Parksündern zu jagen. Die sierung war in einem dernellen Tempo vor sich en „dass sich die grossen nur durch rigorose Park- zu helfen wussten. Was stenfalls zugestehen können, sind Kurzparkerlaubnisse, rch Uhren oder Parkkontrolliert werden. Der sitzer, der ein dringendes n in der Innenstadt zu en hat. kann sehr oft lurch vorschriftswidriges u langes Parken seines ugs zum Ziel kommen lkuliert die Strafgebühr in eschäft ein. In den meifällen bleibt dieser Strafauch nicht aus. Auf der n Seite investieren aber die rwaltungen auch sehr hommen, um das Parkprozu erleichtern, errichten user und Parkplätze auf minenfeldern des Zweiten egs. und lassen Massensmittel von Grossparkin den äusseren Stadtbein d. Innenstadt verkehren. tobesitzer, der diese Mögen auszunutzen bereit ist, gewöhnlich keine Parkobleme.

en grossen Städten Israels ; auch ernste Parkplatzne. Die Stadtverwaltungen grosse Parkplätze herrichs jetzt aber noch keine user bauen. Manchmal ba- Einsicht und nehmen es r Verfolgung der Parknicht ganz so genau.

Stadtzentrum von Jeru- könnten z.B. jeden Tag 5.000 Fahrzeugbesitzer für zliches Parken bestraft . Würde die Polizei in Falle einschreiten, könnte für Tag **Strafzettel über 300.000 IL** ausfertigen. klichkeit überschreitet dieme kaum 300 IL pro Tag. r Polizeikommandant des s Jerusalem, Tat-Nizaw Breitenfeld, gelegentlich Pressekonferenz anlässlich nführung der neuen Vergelung in der Jerusalenenstadt versicherte, will ie Polizei keinen „Krieg die Oeffentlichkeit" führe sucht einstweilen noch Wege zur Lösung des ms der Verkehrsüber'- Die Erklärung der Ben -Strasse zur Einbahnstrasder erste Schritt; weitere hmen sollen folgen, vielsogar die Sperrung der huda-Strasse für jeglichen ugverkehr. Ob eine solche ng auch dem ungesetzliärken von Fahrzeugen ein ereitet, bleibt noch abzu-.

Aviv ist den Parksündern r gnädig gesinnt, unteraber viel mehr zur Lööes Parkplatzmangels. Im einen scheint sich hier uffassung durchzuringen, in Europa herrscht: Ein sitzer, der gewisse Ernisse in Kauf zu nehereit ist und darauf ver-, sein Fahrzeug ausget in der Innenstadt zu parnn das Problem des Parkangels lösen. Als nächhritt müsste aber jetzt, gewie in Europa, die Verng der Strafgebühren für haffung weiterer Parkplätl auch Parkhäuser in der tadt folgen.

ERLEICHTERUNG ER ZIVILPROZESSE

Vollmachten der Amtsgesollen von der derzeit n Höchstgrenze des Streitvon 10.000 IL auf eine tgrenze von 25.000 IL nicht nur 20.000 IL, wie st vorgeschlagen) ausgewerden. Dies empfahl die gebungs-Kommission der t in Beantwortung der rvorlage des Justizmini- Chaim Zadok. Klagebe-

Von DAWACH

gehren bis zu dieser Höhe können also, sobald die Knesset ihre endgültige Zustimmung gegeben hat, von einem der 26 Amtsgerichte und nicht mehr nur von einem der fünf Bezirksgerichte verhandelt werden. Zugleich empfahl die Knesset-Kommission, die Entscheidung über die Bestätigung von Berufungsklagen ausschliesslich dem Berufungsgericht selbst — ohne die Verpflichtung zur Einholung einer Bestätigung durch die Erstinstanz — zuzubilligen.

Bis jetzt wurden bereits elf neue Richter ernannt und sechs weitere sollen noch bis zum 1. September, dem ersten Arbeitstag nach den Sommerferien, ernannt werden.

DIE STRAFRECHTLICHE SEITE DES BANKKRACHS

Dass der Zusammenbruch der Bank Erez Israel-Britannia dem israelischen Steuerzahler viele Millionen IL kosten wird, dürfte schon klar genug feststehen. Wieviel der Bankkrach dem ehemaligen Generaldirektor **Jehoschua Ben-Zion**, kosten wird, hat nun der Strafrichter zu entscheiden.

„Jehoschua Ben-Zion und Personen, die mit ihm in Verbindung standen, haben aus der Bank Erez Israel-Britannia Gelder in Höhe von etwa 120 Millionen IL herausgezogen und der Familie Williams zukommen lassen. Einstweilen wurden zwei Affären untersucht — eine Summe von 47 Millionen Dollar aus Banken in der Schweiz und eine Summe von 74 Millionen Dollar aus Banken in England" — so lautet die Anklage, die Staatsanwalt Michael Kirsch dem Bezirksgericht in Tel Aviv vorlegte. Er spricht nicht nur von gefälschten Eintragungen in den Geschäftsbüchern der Bank, sondern von einem **„Gelddiebstahl"**. Zudem müsse berücksichtigt werden, dass Jehoschua Ben-Zion durch seine Verheiratung mit der Familie Williams verbunden ist.

Einer der Gründe auf die schnelle Zusammenstellung der Anklageschrift war, den Richtern die Beurteilung des Antrags auf Haftentlassung gegen Kautionsstellung zu ermöglichen. Die beiden Verteidiger von Ben-Zion, die Rechtsanwälte Jizchak Edrat und Jizchak Tunik, hatten immer wieder angeführt, dass in der ganzen Affäre nichts mehr aufzuklären sei. Die Polizei hatte genügend Zeit, alle Unterlagen sicherzustellen und tat es offenbar auch. Zudem verfügt die Bank Israel über alle Aufzeichnungen und weiss genau, dass die Depositen in der Schweiz verloren sind. Obwohl also keinerlei Gefahr für die Gelder bestehen kann, wäre Ben-Zion gerne bereit, noch eine ausdrückliche Verzichterklärung zu unterschreiben.

Staatsanwalt Kirsch lässt sich von dieser Argumentation kaum beeinflussen. Er spricht bewusst von einem schweren Kriminalvergehen, eben einem Millionendiebstahl. Ausserdem mache ihm Ben-Zion die Nachprüfungen nicht leicht: „Ich weiss es nicht, ich kann mich nicht erinnern", lautet seine Antwort auf jede Frage. Die Anklage ist davon überzeugt, dass die Bank eine **ausgesprochene Bankrott-Politik** betrieben hat.

Bezirksrichter Elijahu Mani gab dem Antrag der Staatsanwalt statt: Jehoschua Ben-Zion bleibt in Untersuchungshaft.

UMFANGREICHE SCHADENSFORDERUNG

Der Ingenieur Rami Frey fordert von der Firma Katriel und Abraham David Techorasch einen **Schadenersatz von insgesamt 192.000 IL** für seine Entlassung. Er stützt seine Forderung, die Rechtsanwalt Sahar dem Bezirks-Arbeitsgericht in Jerusalem vorlegte, auf eine Reihe von Verstössen gegen die Gehaltsvereinbarungen. Es sei ihm weder der Gehalt in der vereinbarten Höhe, noch die ihm zukommenden Zuschläge, noch die ihm zugesagte Gewinnbeteiligung, noch die ihm zugesicherte Wohnungsbeihilfe ausbezahlt worden. Die beklagte Gesellschaft hat auf die Klageforderung noch nicht geantwortet.

DER EXPORTIERTE SOZIALFALL

Joram Landsberger befindet sich auf dem Wege nach Deutschland. An Bord d. „Apollonia" begab er sich zunächst nach Venedig und von dort weiter nach Frankfurt. Dort will er „ein neues Leben" beginnen.

„Ich gehe als Millionär weg", versichert Landsberger, der von seinen 31 Lebensjahren etwa ein Drittel in Gefängnissen verbracht hat. Bei der israelischen Polizei liegen noch drei unerledigte Strafanzeigen gegen ihn vor, aber es soll ihm zugesichert worden sein, dass diese Akten geschlossen werden, wenn er innerhalb von drei Jahren nach Israel zurückkehrt. Unter anderem wird ihm der Diebstahl von Juwelen im Werte von mehr als einer Million IL aus dem „Sheraton-"Hotel gerade an dem Tage, da Nixon nach Israel kam, angelastet, aber Landsberger leugnet diese Tat beharrlich und spricht von einer „Provokation" gegen ihn.

Joram Landsberger wurde in Israel *geboren*. Sein Vater war Sergeant in der britischen Armee und nicht Jude. Er hatte Selbstmord verübt, als Joram gerade ein Jahr alt war. Seine Mutter gab ihn in ein Waisenhaus, wo er im Alter von zehn Jahren den ersten schweren Diebstahl verübte — die Geldtasche eines „Egged"-Chauffeurs mit 121 IL Inhalt. Mehrmals wurde versucht, Joram auf den rechten Weg zurückzuführen, einmal mit Hilfe einer Adoptivfamilie, bei der er es acht Monate lang aushielt, bis es gelegentlich der Bekanntschaft mit einem jungen Mädchen zum Zerwürfnis kam. Seitdem beschäftigte er immer wieder die Polizei. „Es ist schwer, mich zu fassen", versichert er. „Offenbar wollen sie mich jetzt auf diese Weise loswerden", fügt er hinzu.

Eine Ironie des Schicksals: Landsberger hat eine einzige Schwester —sie ist Polizistin.

Die Massnahmen zur Selbstdisziplin des Israeli - zu spaet und zu wenig

So einfach ist es wohl doch nicht. So einfach machen es sich nur die verantwortlichen Führer des Staates, weil sie meinen, man könnte durch eine Reihe von Äusserlichkeiten tief sitzende Fehlquellen unserer augenblicklichen Mentalität beseitigen. Hört man heute von dem Plan der Generalmobilmachung als Manöver, um zu prüfen, wie es geht, so könnte man zwar sagen, es sei schliesslich nichts dagegen einzuwenden, zu prüfen, wie das klappt, — aber bedenkt man zugleich die Kosten dieser Aktion, bleibt einem kaum anderes übrig als die Frage zu stellen, ob es notwendig ist, eine solche Verschwendung zu treiben. Oder glaubt irgendjemand wirklich, der Bürger sei der Ansicht, es habe, bei den Mängeln zu Beginn des Jom Kippurkrieges, an der Art der Mobilisierung gelegen, wenn das Ganze nicht recht in Schwung kam? Die Mobilisierung, als sie einmal vorgenommen worden war, klappte auch damals durchaus zufriedenstellend.

Ähnlich sieht es mit den Beschlüssen aus, die seitens der staatlichen Rundfunkbehörde angesichts der „Sanktionen" der Techniker gefasst wurden. Man gab sich nicht einmal die Mühe, Abhilfe zu ersinnen. Es war viel einfacher festzulegen, dass eben die Sendungen so gestaltet werden müssen, von nun an in Einklang mit den Einschränkungen der Techniker zu stehen. Dann hat ja die Behörde gesiegt. Die Arbeitnehmer führen genau das aus, was die Vorgesetzten wünschen. Dass die Vorgesetzten das wünschen, was die Arbeitnehmer auszuführen belieben, steht augenscheinlich auf einem anderen Blatte. Wer macht sich hierbei eigentlich selbst lächerlich und wozu narrt man zugleich auch noch die Öffentlichkeit?

In dieses Kapitel gehört natürlich auch die Glanzidee einiger „Experten", man möge versuchen, alle möglichen Haga-Männer wieder in die Armee zurückzuführen. Sicherlich, es gibt in unserer offiziellen Bürgerwehr bestimmt eine Reihe von Menschen, die noch nach wie vor gut in der regulären Armee zu gebrauchen sind — denn stets fanden einige Mittel und Wege, um einfacher zu existieren. Es würden sich auch sicherlich bei den völlig aus dem Dienst Entlassenen eine nicht geringe Zahl von Männern finden lassen, die man recht gut gebrauchen könnte. Aber das ist überall so und kann kaum geändert werden. Glaubt man nun wirklich, es sei möglich, aus überalterten, meistens nicht mehr gesunden Männern, die aus dem besten Männeralter bestimmt heraus sind, Reserven für unsere echten bewaffneten Streitkräfte herausholen zu können? Unterliegt man hier nicht einer sehr gefährlichen Selbsttäuschung die nur zu unserer Schwächung führen kann? Zur Zeit neigen unsere führenden Persönlichkeiten dazu, durch derartige Mätzchen so zu tun, als ob man ganz neue Wege geht, als ob man den richtigen Weg zur Gesundung gefunden hat. Viel schlimmer als die Depression, in der das Volk Israel seit dem Jom Kippurkriege *gelebt hatte, sind Illusionen*, die auf falschen Voraussetzungen beruhen, bei denen so getan wird als ob, während die entscheidenden Persönlichkeiten ganz genau wissen, es handele sich im Grunde um garnichts anderes als Augenauswischerei, als den Versuch, sich selbst und alle anderen zu täuschen, dass neue Wege gefunden werden. Dazu erfindet man jeden Tag irgendetwas Neues, das dann in den Schlagzeilen erscheinen kann und dem Bürger vorspiegeln mag, man sei dabei, ganz neue Wege zu gehen und damit wieder alles gutzumachen, was einstmals schlecht gemacht worden war.

Alles, was bisher von oben her erfunden worden ist, um die Selbstdisziplin der Israelis und ihr Selbstbewusstsein wieder zu stärken, ist zu spät gekommen — u. ist viel zu wenig. Im wesentlichen handelt es sich auch noch um Massnahmen, die geeignet sind, den sowieso unter allen möglichen und durchaus schweren Lasten stöhnenden Israelbürger noch weiter zu bedrükken, ihm noch mehr aufzubürden. Was soll das alles eigentlich? Glaubt man denn in den Ämtern der Hauptstadt wirklich, die Geduld und die Langmut des Bürgers könne und müsse unaufhörlich aufs neue strapaziert werden? Und ist man ernsthaft der Ansicht, dass auf diese Weise das Vaterland gerettet werden wird? Sollte das der Fall sein, so steht es sehr schlecht um unseren Staat. Aber Gott sei Dank ist es ja nicht so. Es handelt sich um nichts anderes als eine neue Beweisführung unserer Staatslenkung dahingehend, dass sich kaum etwas geändert hat: nach wie vor geht man den Weg des allergeringsten Widerstandes für sich selbst — und das ist stets der schwierigste und dornenreichste Weg für den einfachen Bürger. Die Regierung Rabin muss vor dieser mehr als zweifelhaften Praktik mehr als gewarnt werden!

M. BIEL

Krebsuebel Protektia

Von ALBERT-CHARLES LANDSMANN

„Jeder ist vor dem Gesetze gleich", so lautet ein alter, in aller Welt gültiger Rechtsgrundsatz. Da wir aber nun einmal das erwählte Volk sind, bilden wir auch da eine Ausnahme. Bei uns ist fast jeder etwas gleicher vor dem Gesetze als der andere und *im übrigen ist im dieser* andere ganz gleich. Was der Israeli mit dem Begriff „Protektia" zu umschreiben pflegt, eben dieser Zustand, dass gewisse Leute an gewissen Orten gleicher sind als andere, heisst man andernorts Korruption oder bei öffentlichen Ämtern auch Amtsmissbrauch des Beamten. Doch hier macht sich keiner etwas daraus, dass er hier und dort ein bisschen mogeln muss, um eine Warteschlange zu umgehen, da und dort ein bisschen nachhelfen, betrügen muss, um entweder zu seinem Recht oder zu etwas mehr als seinem Recht zu kommen. Das missfällt nur wenigen, die dann berechtigterweise von Betrug schreien. Doch wie meinte Lessing: „Was ist Deutsch doch für eine schlechte Sprache", liess er eine Person aussagen, auf Deutsch heisst das Betrug, wir Franzosen nennen das „corriger la fortune" (das Glück korrigieren). Dieser französischen Lebensart lebt der Israeli nach. Auch auf dem Gebiete seiner Beziehungen zu Ämtern so beweisend, dass er immer levantinischer wird und sich damit immer mehr vom Ideal seiner Väter entfernt.

Wenn wir zu Anfang feststellten, dass es diese Protektia braucht, um zu etwas mehr als seinem Recht zu kommen, dann wollen wir uns nicht allzusehr ärgern. Um zu einem illegalen Ziel zu kommen, kann man nur den illegalen Weg gehen. Das gilt für die ganze Welt. Man kann sich nun darüber streiten, ob der israelische Staatsbürger mehr illegale Lebensziele hat als jeder andere; fest steht die Tatsache, dass gegen solche Art und Weise des Vorgehens nur das Gesetz hilft. Während hier, im eindeutig illegalen Bereich, die Kompetenzen klar zu Tage liegen, wird es auf dem anderen Gebiete schwerer. Von Ejlat bis Metula hat es sich nämlich eingebürgert, dass man Protektia braucht, um zu seinem Recht zu kommen, dass man gewissermassen „etwas ausserhalb der Legalität" sich vorarbeiten muss, um zu seinem durchaus legitimen Ziel zu kommen.

Das Traurige dieses Sachverhaltes ist nun aber nicht, dass sich solche Aktionsweisen beim allgemeinen Publikum eingebürgert haben, denn dort könnte man sie mit notwendiger Härte von der anderen Seite her bekämpfen, dass Traurige ist die Tatsache, dass eben diese zweite Seite, also meist die Beamtenschaft, hinter den Schaltern der öffentlichen Dienste, sich mit der vierten Staatsgewalt namens Protektia abgefunden hat und sie gar noch fördert. In der Folge sei an ein paar Beispielen erläutert, wie weit die Identifikation einzelner Beamten mit der Begünstigung weniger geht.

KEIN VORDRINGEN ZUM CHEF

Wohnbauministerium in Tel-Aviv. Eine junge Ehefrau hat sich den ganzen Tag über frei genommen (sie kennt sich anscheinend aus in Sachen Bürokratie) um eine Antwort zu erhalten auf einen Brief, den sie vor anderthalb Monaten an das Ministerium geschickt hat. Da ihr Mann zudem im Militärdienst steht, *kann man erwessen*, wie gross das finanzielle Opfer ist, das sie zu geben bereit war, nur um zu ihrem Recht, nämlich Antwort auf ihren Brief, zu gelangen.

Vorher hatte die junge Dame versucht, auf dem von Minister Schulamit Aloni empfohlenen Weg dem Verbleiben ihres Schreibens nachzuforschen. Doch am Telefon begegnete sie erstmals dem Schreckgespenst Protektia. Zuerst war der zuständige Mann laut seiner Sekretärin nicht da. Dann, eine Minute später, als sich die Dame wieder mit verstellter Stimme nach seinem Verbleiben erkundigte, war er gerade sehr beschäftigt in seinem Büro und schliesslich beim dritten Mal wollte die Sekretärin wissen, wer denn am Telefon sei: je nachdem könne sie Auskunft geben.

Also begab sich die junge Ehefrau und baldige Mutter bei Bruthitze nach Tel-Aviv in die Hölle d. Löwen, ins Ministerium selbst. Dort baute sich der Auskunftsbeamte vor ihr auf, fragte nach ihrem Gesprächspartner und erklärte ihr dann lakonisch: „Kein Eintritt". Als sie es schliesslich doch wagen wollte, zum zuständigen Beamten vorzudringen, sah sie unübersehbar die massige Gestalt des Portiers vor sich und wusste, dass sie als zierliche Person nicht weiter kommen könnte. Vordringen also unmöglich, weil sie keinen Brief mit einer Vorladung zu einer Besprechung vorweisen konnte — logischerweise. Doch die Auskunftsbeamten zeigten sich der menschlichen Logik verschlossen, dass man nämlich keine Vorladung vorweisen kann, wenn man versucht, nachzuforschen, warum man keine Antwort auf seinen Brief erhalten hat.

Enttäuscht über solchen Beamtenstarrsinn und soviel menschliche Sturheit wollte sie sich abwenden, da sah sie einen jungen Mann den Pförtner den Namen „ihres" Beamten sagen, Auskunft erhalten und weitergehen. „Warum der, und ich nicht?" war die berechtigte Frage. „Das ist ganz was anderes, der kennt den Boss", war die unmissverständliche Antwort.

RECHT IST, WAS MIR HILFT

Die Dame plante einen längeren Ferienaufenthalt mit ihrem Gatten. Er beim Staat und sie beim Staat. Sie als Rechtsanwältin. Nun arbeiten Staatsbeamte hier bekanntlich so viel, dass sie sehr, sehr müde sind. Also erklärte sich der Ehemann ausserstande, während der ganzen Ferien den Wagen zu steuern. Von wegen Müdigkeit und so Seine Frau nahm also brav Fahrstunden, verunsicherte die Gegend und fühlte sich bereits „als ausgezeichnete Autofahrerin", meldete sich zur Prüfung an und wartete. Wer tut das nicht? Nur, seltsam, bei ihr ging's weniger lang als bei gewöhnlichen Sterblichen. „Ich kenne natürlich die Leute . . ." war ihre Erklärung. Doch die Leute konnten auch nichts mehr helfen, als bei dieser vorzeitigen Fahrprüfung ausgerechnet dann ein Rotlicht an einer Ampel aufleuchtet, als besagte Dame über die Kreuzung fuhr. Folglich bereitete sich der Ehemann auf strapaziöse Ferien vor. Doch seine Frau kannte ihre „Pappenheimer" besser. Sie schaffte es, nochmals zu Prüfung vorgelassen zu werden. Diesmal sogar mit „zartem Wink" vom Chef. Dieser heftig gewunkene Zaunpfahl half ihr schliesslich auch bei dieser zweiten Fahrprüfung innerhalb der halben Zeitspanne, die ein normaler Staatsbürger allein auf die erste Fahrprüfung warten muss. Doch eben, man müsste weniger Staatsbürger, als Staatsbeamter sein, und anscheinend weniger sich an das Gesetz, als an die eigenen Vorteile halten.

BEAMTEN-SOLIDARITÄT VOR LEBENSGEFÄHRDUNG

Strassenkreuzung in Jad Elijahu. Wie es sich für eine ordentliche Strassenkreuzung gebührt, ist sie selbstverständlich mit einer Verkehrsampel ausgerüstet und wie es sich für eine *ausserordentliche Strassenkreuzung* gebührt, funktioniert diese Ampel sogar. Der Verkehr wird fachgerecht aufgeteilt durch ein deutlich sichtbares Richtungs-Hinweisschild. Eine Spur geht nach links, die andere ist für die Fahrer vorgesehen, die nach rechts abbiegen oder geradeaus fahren wollen. Womit ein störungsfreier Verkehr eigentlich ermöglicht wäre, würden nicht entschieden weniger Leute nach links abbiegen und diese Kreuzung nicht in Israel liegen.

Folglich ordnen sich viele nach links ein und fahren nachher geradeaus. Was natürlich eine Verkehrsbehinderung beim späteren Einfädeln in die korrekt fahrende Kolonne zu Folge hat, aber immerhin noch keine Lebensgefährdung. Doch dann gibt es noch ein paar ganz Verwegene. Sie spuren links ein, reissen das Steuerrad im letzten Moment herum und biegen nach rechts ab. Die Folgen sind quietschend: die ganze rechte Kolonne steht auf die Bremse.

Nun ist man sich anscheinend bei der Polizei nach mehrmonatigem lebensgefährdendem Schauspiel dieser Laienfahrer und -spieler des Ernstes der Situation bewusst geworden. Folglich standen eines Morgens ein paar Verkehrskadetten an der Kreuzung und beobachteten den Verkehr. Genauer gesagt, nur einen Teil des Verkehrs. Während nämlich einige Privatfahrer, die inks einspurten und geradeaus fuhren, angehalten und aufgeschrieben wurden, „übersahen" die Beobachter geflissentlich zwei Fahrzeuge, die links einspurten und nach rechts abbogen, also wirklich gefährlich fuhren. Kein Automobilist wagte etwas zu sagen, waren doch jene Autos blau gestrichen und liessen an ihrer Anschrift erkennen, dass sie Verkehrsordnern selbst gehören: Polizei. Doch was im Ernstfall gerechtfertigt sein mag, hier ging es zu weit. In den beiden Wagen sassen nämlich nicht nur der uniformierte Polizist und Familienvater, sondern auch Frau und Kinder, die zum Wagenfenster hinaus lärmend ihre Vorfreude auf den Sandstrand und das Meer kundtaten.

Man mag den Kopf schütteln über die Tatsache, dass hier Dienstfahrzeuge für Privatfahrten missbraucht werden, man mag sich an den Kopf greifen ob der Verkehrskadetten, die solches kriminelle Fahren „übersahen", man mag aber nicht seinen Kopf riskieren, weil ein paar wenige Beamte glauben, dank Protektia sich vieles, ja manchmal alles erlauben zu können.

Will man mit dem Unwesen der Protektia aufräumen, so muss man sicherlich dort beginnen, wo die vorbildlichsten Staatsbürger eigentlich sitzen sollten, nämlich in den öffentlichen Ämtern und Behörden — sofern der gute Mann nicht durch Protektia überhaupt dorthin gelangt ist.

Portugals Abschied von Afrika

Es war vorauszusehen, dass die Veränderungen in Portugal sich auch in Afrika auswirken würden. Aber dass die neue Regierung in Lissabon schon so kurze Zeit nach ihrem Amtsantritt den Ueberseeprovinzen das Recht auf Unabhängigkeit gewährt hat, ist doch überraschend. Recht auf Unabhängigkeit muss nicht sofortige Souveränität bedeuten. Jedoch ist nun wohl so gut wie sicher, dass nach Guinea-Bissau auch Angola und Mozambique selbständig werden sollen. Es geht nur noch um Form und Zeitpunkt der Machtübergabe an die Führer der sogenannten Befreiungsbewegungen in diesen Gebieten. Die Verhandlungen darüber mögen sich noch eine Weile hinziehen, wenn es auch gegenwärtig nicht danach aussieht. Es mag auch zu inneren Wirren sowohl in Portugal als auch in den afrikanischen Provinzen kommen, die den Gang zder Ereignisse noch beeinflussen könnten. Am Ende des jetzt eingeschlagenen Weges wird jedoch die Geburt von drei neuen Staaten in Afrika zu vermelden sein.

Der Entschluss zum Rückzug aus Afrika ist der portugiesischen Regierung sicherlich nicht leichtgefallen. Immerhin leben in Angola etwa 500.000 Portugiesen europäischer Abstammung, in Mozambique 250.000 und in Guinea-Bissau 5000. Es gibt vielfältige verwandtschaftliche und wirtschaft. Beziehungen zwischen den Portugiesen in Afrika und im Mutterland. Diese Bindungen sind auch der neuen Lissabonner Führung nicht gleichgültig. Einiges davon wird sich vielleicht erhalten lassen; anderes wird zerschnitten werden.

Wenn die Führer der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen klug sind, werden sie versuchen, so viele Portugiesen wie möglich im Lande zu halten. Sie brauchen sie nämlich. Ein Exodus der Europäer wäre nicht nur für Portugal, sondern auch für Angola und Mozambique ein Unglück. Aber die portugiesische Regierung kann keinen ihrer Bürger zwingen, dort auszuharren, wo er sich bisher nur unter dem Schutz der eigenen Truppen leidlich sicher fühlen konnte.

Selbst wenn bei den Verhandlungen über das Ausscheiden der afrikanischen Provinzen aus dem portugiesischen Staatsverband die Europäer, die in Angola und Mozambique bleiben wollen, Zusicherungen erhalten sollten, ist nicht sicher, ob sie sich später auch darauf verlassen können. Die Übergabe der Regierungsgewalt in afrikanische Hände bringt viele Risiken. Besonders in der Übergangszeit sind bürgerkriegsähnliche Unruhen, sind Massaker nicht auszuschliessen. Auch unter der schwarzen Bevölkerung gibt es Gruppen, die mit den neuen Führern nicht einverstanden sind.

Dass Präsident Spinola und seine oft jungen Ratgeber aus der Armee dennoch den Entschluss fassten, den afrikanischen Territorien die Freiheit zu geben, kann nur bedeuten, dass sie keine ander Wahl zu haben glaubten. Spinola, der in Afrika an verschiedenen Fronten viele Jahre gegen die Aufständischen gekämpft hat, weiss seit langem, dass dieser Krieg nicht zu gewinnen ist, weil er die Kräfte des Landes überfordert. Zwar zog Portugal aus Angola und Mozambique auch manchen Nutzen, aber der Schaden, den der Krieg den Menschen und der Wirtschaft zufügte, war viel grösser.

Aus dieser Erkenntnis waren eines Tages Konsequenzen zu ziehen. Spinola und diejenigen, die ihn nicht zuletzt deshalb an die Macht brachten, dass er den Krieg beende, haben diese schmerzliche Pflicht nun auf sich genommen. Sie haben damit gleichzeitig stillschweigend eingestanden, was alle Welt ohnehin längst wusste: dass die portugiesischen Besitzungen in Afrika nie wirkliche „Provinzen" des Mutterlandes, sondern Kolonien waren. Kolonien allerdings, in denen es keine Rassendiskriminierung von der Art gab, wie sie noch heute in der Republik Südafrika praktiziert wird.

Wirklich gleichberechtigt waren Schwarz und Weiss jedoch auch in Portugiesisch-Afrika nicht. Da die staatsbürgerlichen Rechte an bestimmte finanzielle Voraussetzungen geknüpft waren, blieb der soziale Aufstieg für die Masse der afrikanischen Bevölkerung ein unerfüllbarer Wunschtraum. An politische Mitsprache, die freilich unter Salazar und Caetano auch die weissen Portugiesen nicht hatten, war schon gar nicht zu denken.

Von „brasilianischen Zuständen", die das alte Regime sich angeblich auch für Afrika gewünscht hatte, waren Angola und Mozambique noch weit entfernt. Vielleicht wird die Integration der Rassen mit der Unabhängigkeit möglich. Doch hat der jahrelange Partisanenkrieg tiefe Wunden geschlagen. Ihre Heilung braucht Zeit. Die zukünftigen Beziehungen zwischen dem Mutterland und den Überseegebieten werden ebenfalls noch lange von der Erinnerung an den Krieg beeinflusst sein. Viel hängt von der Weisheit der Verhandlungsführer auf der afrikanischen Seite ab. Ihr Hauptaugenmerk muss darauf gerichtet sein, dass sich der Übergang in Ordnung und Würde vollzieht.

Die Partner Portugals in der NATO und die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft müssen nun die Abkehr Portugals von Afrika und seine Hinwendung zu Europa mit wirtschaftlicher und politischer Hilfe erleichtern. Bisher ist in dieser Hinsicht noch wenig geschehen. Lob für die neue portugiesische Afrika-Politik wird in Lissabon gern gehört: Unterstützung wäre wichtiger.

K. N.

Anschluss Bulgariens an die Sowjetunion?

Bulgarische Emigrantenkreise galuben, dass Staats- und Parteichef Todor Schiwkoff anlässlich des 30. Jahrestages der „Befreiung vom faschistischen Joch" am 9. September Moskau um Zustimmung zur Aufnahme Bulgariens in den Staatsverband der Sowjetunion ersuchen werde. Schiwkoff hat derartige Absichten mehrfach angedeutet, anlässlich der Feiern zum 50-Jahr-Jubiläum der Sowjetunion, 1972, nannte er diese das „zweite Vaterland" der Bulgaren. Bei einer Konferenz in Sofia im März äusserte Schiwkoff, die Phase gegenseitiger Durchdringung auf wirtschaftlichem Gebiet solle durch eine der „Annäherung auf höherer Ebene" abgelöst werden.

Solche Andeutungen werden von Exilbulgaren als Signal dafür angesehen. Schiwkoff, der auf dem Parteikongress 1962 zwar erklärt hatte, der Kommunismus in seinem Land solle erst ab 1980 aufgebaut werden, dränge dennoch auf den Anschluss als Vollendung seines Lebenswerkes. Gegen solche Absichten soll sich in Lande selbst wie ausserhalb Opposition regen, die auch mit der im Vormonat erfolgten Ausbootung von Venelin Kozeff und Iwan Abadschieff aus dem Politbüro in Zusammenhang gebracht wird. Die traditionelle Freundschaft mit den Russen, welche noch auf die Zeit der Befreiungskriege gegen die Türken zurückgeht, dürfte nicht zur völligen Auflösung des eigenen Staates führen, äussern bulgarische Intellektuelle.

Die Beunruhigung in der Emigration zeigt auch eine Konferenz aller bulgar. Exilgruppen, die Samstag und Sonntag in Frankfurt am Main tagen und vorsorglich Protesttelegramme an alle Regierungen und UN-Generalsekretär Waldheim richten wollen. Erstmals werden Vertreter der Bauernpartei aus New York, der Sozialdemokraten aus Wien, des Zentrums aus Den Haag und sogar der Monarchisten und Mazedonier um einen Tisch versammelt sein.

Was von solcher Besorgnis zu halten ist, lässt sich nicht ausmachen. Vor mehr als einem Jahrzehnt hat Chruschtschow schon vor dem Enthusiasmus Schiwkoffs gewarnt. Sollte an den Vermutungen etwas Ernstes sein, dürfte sich Moskau über die Reaktionen im eigenen Lager wie auf den Westen wohl erst gründliche Gedanken machen.

(„Die Presse")

ERSTE ANERKENNUNG DURCH AUSTRALIEN

Als erstes westlich orientiertes Land hat Australien die Souveränität der Sowjetunion über Lettland, Estland und Litauen offiziell anerkannt. Der Führer der liberalkonservativen Oppositionsparteien im australischen Parlament, Bill Snedden, hat am Montag in Canberra die Labour-Regierung wegen dieser „heimlichen diplomatischen Aktion" scharf angegriffen. Ein Sprecher des Ministeriums bezeichnete die Massnahme als einen Schritt „im Einklang mit den Realitäten der Situation", der allerdings nicht bedeute, dass Australien der Weise zustimmt, in der die drei baltischen Staaten von der Sowjetunion „übernommen" wurden.

Neue antireligiöse Kampagne in der CSSR

Von unserem Korrespondenten
ZEEV BARTH (Wien)

Trotz aller Bemühungen des Vatikans, in die auch die Tschechoslowakei mit religiöser Ordnung und Befriedung einbezogen werden soll, verstärkt sich in der letzten Zeit, die hausgemachte antireligiöse Kampagne d. Prager Regierung. Sie war bereits nach d. Oktober-Tagung des Zentralkomitees von 1972 aufgelebt, trägt aber jetzt die Züge einer rigorosen geistigen Indoktrinierung, die sich vor allem in der Slowakei und in südmährischen Bezirken niederschlägt. In Böhmen liegt der Schwerpunkt eher auf der ideologischen Erziehungsarbeit. Die Meinungsmedien trommeln jedenfalls mit einbefohlener Besessenheit auf die Bevölkerung und auf Parteiaktive ein, wobei von Radio Prag bis Radio Kosice, vom „Rudé Pravo" bis „Svobodné Slovo" oder „Ucitelské Noviny" kein Sender und kaum eine Zeitung ausgenommen sind. Erst dieser Tage warnte ‚Zivot strany', das ZK-Organ, vor *Wankelmut und Lässigkeit.* „Die Kirche", heisst es da, „habe sich moderner Propagandapraxis angepasst, weshalb der antireligiöse Kampf erbitterter und länger ausgefochten werden müsse, als erwartet. Das atheistische Bewusstsein werde nicht von selbst ein Teil der öffentlichen Meinung, es müsse zäh und unbarmherzig in die Denkprozesse eingegliedert werden".

Bei älteren Menschen, stellt das ZK-Organ ferner fest, wirkt noch das überkommene religiöse Vorurteil, *die Jugend berge aber* eine völlig neue Problematik, sie habe zwar bisher kein religiöses Ideal gehabt, doch nehme sie auch jetzt kein neues an, schon gar kein kommunistisches.

In solcher Klage, die zugleich auch Vorwurf ist, entlüllt sich deutlich die politische Bewandtnis dieser antireligiösen Geisterschlacht, und die Argumentation mit der man sie betreibt. Die offizielle Haltung hat sich nämlich oft darauf beschränkt, die Religion zu ignorieren. In einer sozialistischen Gesellschaft war sie einfach nicht gegeben, *sie durfte nicht vorhanden sein.* Gleichwohl jedoch muss man sie jetzt bekämpfen. Das scheint nach aussenhin ein Widerspruch. In Wirklichkeit verhält es sich aber offensichtlich so, dass die nach 1968 wieder in Gang gesetzte ideologische Erziehungsarbeit, die kommunistische Indoktrinierung der Bevölkerung, weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Nach alter Uebung und wie stets in solchen Fällen, verstärkt man daher auch den antireligiösen Kampf und sei es nur um vor sich selbst ein Alibi zu haben.

Zumeist geht aber damit Hand in Hand ein anderes Bemühen, die ebenfalls verschärfte geistige Durchdringung der Partei, die nicht zuletzt politische Qualifizierung ihrer Funktionäre. Es scheint kein Zufall, dass auch das geschieht. Seit kurzem liegen neue Schulungsdirektiven vor. Sie reichen von der Basis bis zur Spitze, erfassen alle theoretischen Bereiche und stellen folgende Komplexe in den Mittelpunkt:

- *Das revolutionäre Vermächtnis des nationalen Befreiungskampfes und seine Auswirkungen auf die laufende Parteipolitik;*
- die ausschlaggebende Rolle der UdSSR in der Bekämpfung des Faschimus und in dem Nachkriegskampf um Frieden und Sicherheit der Nationen;
- Ursprung und Entwicklungsergebnisse des internationalen sozialistischen Systems und seiner Aufgabe in der heutigen Welt.

Die Vielfalt anderer Themen reicht von Fragen der Entwicklung in der sozialistischen Gesellschaft bis zu der Ideologie und Politik des Antikommunismus, denn immer wieder ist auch hier die Klage laut geworden, dass Kenntnis oder Einsatz vieler Funktionäre ungenügend seien und dass vor allem junge Intellektuelle keinen Ehrgeiz zeigten auch ideologisch einen höheren Bildungsstandard anzustreben.

Doch beides, der verschärfte Schulungsschliff wie auch d. atheistische Kampagne sind ausser prinzipieller Motivierung einem aktuellen Ziel verschrieben. Für 1975 stehen Festlichkeiten an. Man will das 30jährige Siegesjubiläum über den Faschismus feiern, die Festigung der sogenannten Volksmacht in den Staaten Osteuropas und, weil es gleich in einem geht, den 20jährigen Bestand des Warschauer Paktes. Für diesen Zweck, so scheint es, möchte Husak demonstrieren können, dass auch die Teschechoslowakei nach siebenjährigem Krieg, vor allem mit sich selbst, als für den Kreml ernstzunehmender und erst genommener Partner gilt. Die Aera Dubcek soll endgültig abgeschrieben, werden.



125.

Na also, dachte Manuel mit trauriger Genugtuung. „Versuchstiere?"

Cayetano verzog das Gesicht.

„Versuchstiere, ja. Pferde, Kühe, Ochsen, Affen, Schweine ... verreckt in ihren Ställen und Käfigen. Das ganze Werk ein einziger zusammengeschmolzener Trümmerhaufen ..." Ja, dachte Manuel. Napalm. Hitze genug, um auch die letzte Mikrobe, das letzte Gift zu vernichten. Napalm — eine gute Idee. Saubere Arbeit.

„Hör mal", sagte der schwere Mann. „Ich sehe, *du willst mir kein Vertrauen schenken."*

„Wirklich, Cayetano, ich ..."

„Sei ruhig. Ich weiss nicht, was du inzwischen in Wien herausgefunden hast. Du sagst es mir nicht. Gut, dann will ich es dir sagen!"

„Sie?"

„Ja." Cayetano legte eine Faust auf den Tisch. „Ich. Du hast herausgefunden, dass dein Vater mit B-Waffen experimentiert hat. Dass er eine Erfindung mit nach Wien brachte und sie hier den Vertretern anderer Mächte zum Kauf anbot ..."

„Woher wissen Sie das?"

„Das weiss ich von den verfluchten Kerlen aus dem Verteidigungsministerium, die mir in den letzten Tagen nicht von der Seite gewichen sind! Und die wieder wissen es aus Wien! Die Botschaft hält sie auf dem laufenden über das ‚was du hier treibst! Ich kann dich verstehen, Manuel. Es ist schlimm für dich, dir sagen zu müssen, dass dein Vater ein Verbrecher war, ein Schuft, ein Schwein ... Das ist auch für mich schlimm. Aber es ist die Wahrheit!"

„Und woher will denn unser Verteidigungsministerium wissen, was mein Vater gemacht hat?" fragte Manuel schnell. Cayetano war jetzt sehr aufgeregt. Vielleicht verriet er etwas.

„Woher?" Der schwere Mann klopfte mit der Faust auf die Tischplatte. „Dein Vater, die Quimica Aranda, bekam seinerzeit von unserem Verteidigungsministerium den Geheimauftrag, einen möglichst wirkungsvollen B-Kampfstoff zu entwickeln!"

Manuel starrte Cayetano an. Er schluckte schwer und würgte ein paar Worte hervor: „Das ... Verteidigungsministerium hat ihm ... den Auftrag ... gegeben?"

„Ja! Nur er und ich und die Chemiker und Techniker in La Copelina waren informiert. Und alle waren wir auf absolutes Stillschweigen vereidigt worden. Argentinien hat keine Atomwaffen ..."

„Cayetano, ich schwöre Ihnen, ich habe bis zu dieser Minute nichts von dem Auftrag geahnt!"

„Das glaube ich! Aber dass dein Vater hier, in Wien, sein eigenes Geschäft mit dem Auftrag machen wollte, das hast du herausbekommen — lüg mich nicht an!"

„Ich lüge Sie nicht an, Cayetano", sagte Manuel. „Ja, das habe ich herausbekommen ..."

70

„... die frühen Fotografen haben ihn gelehrt — und er wiederum hat die Fotografen gelehrt —, welche überraschenden Wirkungen man durch die Wahl eines engen Bildausschnitts, den Blickwinkel steil von oben herab, wie hier bei dieser Tänzerin, oder auch von unten herauf, gewinnen kann. Sehen Sie sich die unübertrefflich kultivierte Komposition an ...!" Der schlanke, grosse Mann mit dem mächtigen Kopf und den scharfen Augen des Chirurgen verharrte reglos vor einem Bild, das auf einem Dreifuss stand. Auch seine schönen, kraftvollen Hände erinnerten an die eines Operateurs. Hätte dieser Mann nicht einen überkorrekten dunklen Anzug getragen, sondern einen am Hals hochgeschlossenen weisen Kittel, Gummihandschuhe und eine weisse Kappe auf dem grauen Haar — er wäre gewiss einem Sauerbruch oder einem Billroth ähnlich gewesen. Schon in den Zuchthäusern, woselbst dieser Mann elf Jahre seines Lebens verbracht hatte, war er von seinen Mitgefangenen immer „der Professor" genannt worden. Tatsächlich hatte sein schwerer Beruf das Einfühlungsvermögen, die Behutsamkeit, die Konzentriertheit, die Ruhe und die absolute Meisterschaft des genialen Chirurgen von Anton Sirus verlangt.

Aus dem Rheinland stammend lebte er seit 1965 in Bremen, einundsechzigjährig nun, ein schwerreicher Mann, ja, das konnte man sagen, ein Mann, der sein Geld für sich arbeiten liess oder es in den Werken von Malern der berühmten „Französischen Schule" anlegte. Anton Sirus war ein Verehrer der schönen Künste, und seine grösste Liebe galt den Impressionisten.

Er hatte eine imposante Villa an der Findorff-Allee erworben, die den alten, exklusiven Bürgerpark entlanglief. Aus den Fenstern des ersten Stocks konnte man den Emma-See mit seinen vielfach geschlungenen Armen erblicken, das Wildgehege und die Tiere dann, den Eichenhain, die Meierei und, weit entfernt, die Rückfront des Parkhotels.

Seine Nachbarn wussten nichts von Anton Sirus. Sie hielten ihn für einen höchst erfolgreichen, properen Handelsmann, der sich zur Ruhe gesetzt hatte und sein Leben genoss — in Reichtum und Luxus, mit ausgesuchtem Personal und grossem Bentley, mit Golfspiel, Reisen und mit seiner wundervollen Gemäldesammlung.

Die Bilder hingen an den Wänden eines gewaltigen Raumes im ersten Stock. Sirus hatte aus drei Zimmern eines machen lassen, das durch komplizierteste Alarmanlagen gesichert war. Hier gab es Werke von Cezanne, Picasso (aus dessen „Blauer Periode"), Degas, Modigliani, Gauguin, Renoir und Toulouse-Lautrec. Einige bequeme Lehnstühle standen auf dem riesigen Teppich. Die Fenster waren gross und liessen viel Licht in den Raum. Jedes Gemälde konnte zudem in raffinierter Weise einzeln elektrisch angestrahlt werden. Mehrere Stunden des Tages verbrachte der Ex-Zuchthäusler, steinreiche Mann und immer noch begnadeste Schränker Europas hier, versunken in der Betrachtung seiner Schätze, die er ständig vermehrte.

Am Vormittag des 21. Januar 1969 war er aus London zurückgekehrt. Auf einer Auktion des berühmten Kunsthauses Christie's hatte er die Tänzerin von Degas, die nun auf dem Dreifuss stand, am 16. Januar zu einem unerhörten Preis ersteigert. Der Transport des Bildes nach Deutschland, welchen er persönlich überwachte, hatte ihn Zeit und viel Geduld gekostet.

Anton Sirus bestand sozusagen aus Geduld — im Gegensatz zu dem rosigen, blonden und dicken Willem de Brakeleer, der in einem der Lehnstühle sass und seine Nervosität kaum mehr zügeln konnte. Der „Professor" verbreitete sich seit mehr als einer Stund über Degas. Er war noch in London gewesen, als D Brakeleer in Bremen eintraf. Der Holländer hatt warten müssen. Dann war Sirus heimgekehrt. I Erinnerung an ihre bewegte Vergangenheit hatte e den Holländer zum Tee geladen, bei welcher Gelegenheit De Brakeleer seine Mission erledigen und Merciers Angebot unterbreiten konnte. Ernst, mi undurchdringlicher Miene, hatte der „Professor" seinen Tee getrunken und zugehört. Doch anstatt au die Anfrage einzugehen, war der Meisterschränke und Kunstenthusiast aufgestanden und mit De Brakeleer in sein „Museum" gegangen, wo er den neue Degas präsentierte. Der Holländer hatte nicht gewag Sirus' Reden zu unterbrechen. Nun, endlich, fasst er sich ein Herz.

„Professor ..." Auch die niederländische Polize auch Interpol, auch *De Brakeleer hatten Anton Siru* jahrzehntelang mit diesem Spitznamen geehrt.

„Ja, was ist, Baas?" Sirus sah den Holländer ve träumt an, langsam kehrte er aus seiner wunderbare Welt der Kunst in die Wirklichkeit zurück. In alte liebevoller Gewohnheit sprach er De Brakeleer immer noch so an, wie dieser von Kollegen und Kriminellen stets respektvoll tituliert worden war, mi dem holländischen Wort für „Meister".

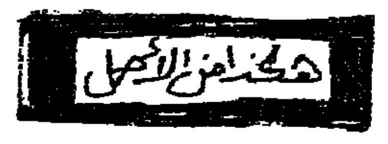
„Ich teile Ihre Begeisterung, Professor. Wirklic unvergleichlich, dieses Gemälde. Aber können wir ... ich meine ... wollen Sie sich nicht endlich zu meiner Vorschlag äussern?"

(Fortsetzung folgt)

Teilhaberschaft



RADIO und FERNSEHEN



Mira Awrech BERICHTET:

ie Teilhaberschaft Dayan – Rabinowitz

immer ein „gepfeffertes . Man sagt von ihm, er „schlimme Kind". Man , dass er „auf die ganze ɪift." Er sei „nicht diszi- , „handle vollkommen ɪenbar."

doch hat, allen Erwar- um Trotz, MdK Mosche alle überrascht: Er legt ɪfte Disziplin an den

seit Monaten redet man und fleht ihn an, er mö- frika einen Besuch ab- n London auftreten, die reisen. Er möge mit der nheit in einen Dialog und sich mit Jugendli- ffen. Dayan stimmte zu r einer Bedingung: Er kommen, nachdem sich veren Tore des Parla- äudes schlossen und die neten der Knesset in die erien gingen.

chen — wieder im Ge- zu allem, was man von artete — erscheint Mo- ɪyan in der Knesset, einen Platz in der letz- e ein („Lasst mich :n t der ersten Reihe! Ich ch wohl neben Scoeich



OSCHE DAYAN: von Dokumenten …

ɪja!"), blättert in Papie- er es als Regierungs- ɪt), sagt sein Sprüchlein ɪmal seine Partei- von ihren Sitzen hoch- st) — und stimmt m mit seinen Fraktions- ab (nachdem sie eine ɪe durchmachten, weil wissen, was zu erwar- Die übrige Zeit sitzt er zu. und wirkt gelang- anchmal auch amüsiert. dlich komme ich in die Zweimal in der Wo- ht nur weil meine Stim- meine Fraktion wichtig lern auch weil ich als neter Gehalt beziehe. 1 Knessetmitglied Di[illegible]n ist es verpflichtet, seine n erfüllen und bei den zungen zu erscheinen. alls — muss ein Abge- ordneter zurücktreten!" verkündet er.

Wenn er nicht in der Knesset weilt, ist er zuhause. Dort kann man ihn im Garten arbeiten sehen, mit einem „Tembelhütchen" auf dem Kopf; nackte Beine gucken aus den bis zum Knie aufgerollten Khakihosen. Wenn er nicht im Garten arbeitet, ist er mit der Abfassung seines Buches intensiv beschäftigt. Es ist seine Autobiographie, die der Verlag Weidenfeld und Nicholson in London bei ihm bestellte.

Mit der Hilfe von zwei Sekretärinnen und des Archivs des Sicherheitsministeriums wie auch der Armee arbeitet Mosche Dayan an seinem Werk. Er sitzt über Bergen von Dokumenten. macht sich Notizen und — schreibt, schreibt, schreibt.

„Ich habe ungefähr ein Drittel des Buches vollendet!" Es handelt sich nicht etwa um das erste Drittel, erzählt der Ex-Sicherheitsminister. Dayan geht wieder einmal nicht nach herkömmlichem Brauch vor. Seine Aufzeichnungen begann er nicht etwa mit seiner Geburt, sondern er schrieb zuerst die Dinge nieder, die ihm jetzt am meisten am Herzen liegen und an die er sich am besten erinnert: vom Jom Kippur-Krieg bis Kiryat Schmone, Maalot und — bis zu seinem Rücktritt und seinem Ausscheiden aus der Regierung. Diesen Teil des Buches hofft Dayan in zwei bis drei Monaten fertiggeschrieben zu haben. Für das ganze Buch („Man hat bei mir 160.000 Worte, das sind etwa 300 Seiten, bestellt") wird er 15 Monate brauchen.



JEHOSCHUA RABINOWITZ: Stiller Teilhaber

Für all das unterzeichnete Dayan einen Vertrag, der ihn um 450.000 Dollar bereichern wird. Das ist eine Million und achthundertneunzigtausend *israelische* Pfunde. Doch — wie man Dayan zu Freunden sagen hörte: „Ich nehme an, dass **Jehoschua Rabinowitz** den Löwenteil dieser Summe nehmen wird, obwohl er kein Wort dieses Buches schreibt! Er sollte wenigstens kommen und mir helfen!"

NEUERNENNUNG

Die erste Neuernennung in der Kanzlei des Ministerpräsidenten betrifft den Berater des Ministerpräsidenten für Angelegenheiten der Diaspora-Judenheit **Jehuda Awner.**

Awner, bisher ein Mann des Aussenministeriums, der sich mit grossem Erfolg um die Auslandspresse kümmerte, sammelte Erfahrungen über das Diaspora-Judentum während seiner Tätigkeit als Botschaftsrat der Israelbotschaft in Washington.

Zur selben Zeit, als Awner dortselbst amtierte, war der israelische Botschafter kein anderer als — Jizchak Rabin.



JIZCHAK RABIN: Treue zu Mitarbeitern

GROSSMUT EINES BUERGERMEISTERS

Die Idee war gut. Als **Josef Almogi** und **Schlomo Lahat** zu Bürgermeistern von Haifa beziehungsweise Tel Aviv gewählt wurden, wandten sie sich an ihren „langgedienten" Kollegen **Teddy Kollek**, Bürgermeister von Jerusalem, mit dem Vorschlag, einen inoffiziellen „Verein" zu gründen. Sie würden sich einmal in der Woche treffen, so beschlossen sie, und damit einen „Machtblock" bilden, der für die drei grossen Städte Israels eingesetzt werden kann.

Soweit die Idee. In Wirklichkeit konnte aber der gute Vorsatz bis zur jetzigen Zusammenkunft in Haifa nicht durchgeführt werden. Knapp vorher erinnerte sich Teddy Kollek plötzlich an *seine* „Teilhaber". Es war das mitten in den Demonstrationen, die Jerusalems Stadtverwaltung behelligten. Die Einwohner von Talpiot demonstrierten gegen die Egged-Garage: die Einwohner des Französischen Hügels gegen ein Institut für gefährdete Mädchen; die Einwohner von Ejn Kerem gegen das Abwässer-Filterwerk.

SCHLOMO LAHAT: Herz für Fussgänger

Meinte Teddy Kollek grossmütig, und mit der ihm eigenen launigen Note: „Bitte! Es wird uns nichts anderes übrigbleiben, als alle Zentralinstanzen — nach Tel Aviv zu verlegen." Das — *ist echte bürgermeisterliche* Kollegialität.

PER FAHRZEUG UND ZU FUSS

Auch dem Bürgermeister **Schlomo Lahat** fehlt es nicht an Problemen. *In dieser Woche er*hielt „Tschitz" einen Brief vom ehemaligen Vizebürgermeister **Feiwel Kantor**. Darin wurden Massnahmen dagegen vorgeschlagen, dass auf die Passanten in der Ibn Gabirol-Strasse Wasser *tropft. Das Wasser — kommt* nämlich aus den Röhrchen der Klima-Anlagen und tropft auf den Gehsteig.

Vorschlag des Maarach-Mitglieds Kantor: Man möge dort, wo die Tropfen fallen, grosse Blumentöpfe aufstellen.

„Ein schöner Vorschlag!" reagierte Tschitz. „Blumen und Grüngewächse tragen zur Schönheit der Stadt bei, und niemand kann dann dort vorbeigehen; also wird auch niemand angetropft werden! Schön, dass gerade ein Oppositionsmitglied das vorschlug."

„Was für ein Getropfe? Welches Wasser?" entrüstete sich Stadtsekretär **Zwi Awigai**. „Es gibt überhaupt kein Wassergetropfe in der Ibn Gabirol-Strasse."

Tschitz blieb die Antwort nicht schuldig. „Seit Sie ein Auto besitzen", sagte er, „haben Sie aufgehört, zu Fuss zu gehen. Daher sind Sie dem Getropfe auch noch nicht begegnet."

(Uebers. v.A.S.)

DAS WORT HAT der Leser

KUENSTLER AUS DER UdSSR

Offener Brief
an den Berichterstatter
für Musik
der „Chadschot Israel"

Als langjähriger Leser Ihrer Zeitung bin ich auf Ihren Artikel vom 18.61974 „Ein Werk für Künstler aus der UdSSR" aufmerksam geworden. Infolge dieser Voranzeige für das Konzert, welches am 30.6.74 im Bet Hachajal stattfinden sollte und welches von der „Waadat Haklitah" des Bnej Brith' Ordens zusammen mit der „Bialik-Loge" veranstaltet wurde, bin ich um einen wahren Genuss bereichert worden, den ich eigentlich vor allem Ihnen verdanke.

Ich wartete bis heute auf eine Kritik von Ihnen über dieses Konzert, denn es hatte bestimmt eine Würdigung verdient, und dies aus verschiedenen Gründen. Erstens ist dies das erste öffentliche Auftreten des von neu eingewanderten Musikern bestehend, erst vor einigen Monaten gegründeten symphonischen Orchesters — des Natania-Orchesters, welches bestimmt ermuntert und unterstützt werden sollte. Die Musiker haben gute, gründliche Ausbildung und stehen unter der Leitung des bewährten Dirigenten Sam Louis, der musikalische Berater und ständige Dirigent ist Laszlo Roth, der uns von der Israel Oper, vom Philharmonischen Orchester und von Kol Israel seit Jahren b e s t e n s bekannt ist. und einen erstklassigen Namen hat. Ferner sollte das Publikum auch erfahren, dass die „Bnei Brith" sich auch um die Einordnung neueingewanderter Musiker und Künstler kümmert, für sie Konzerte veranstaltet, um ihnen am Anfang das Hiersein zu erleichtern. Hier geht es sogar um eine konstruktive Sache. „Seh hakatan gadol jihjeh". Dieses junge Orchester hat bei anfänglicher Unterstützung seitens des *Publikums und der Presse die be*ste Chance, ein ernstes Unternehmen zu werden. Das Programm war gut zusammengestellt, die Ausführung tadellos, das Publikum war interessiert u. dankte den Künstlern mit lauten Ovationen.

Zum ersten Teil des Abends hat sich der Wilna-Chor (gemischter Chor. ca. 60 Personen zählend) zur Verfügung gestellt Als Eröffnung wurde — sehr feierlich — ‚Bechol Dor WaDor' mit Orchesterbegleitung gesungen. Die innigen, inhaltsreichen, national-traditionellen Worte in Iwrit stammen von dem jungen Sohn eines Veteranen d. „Bialik-Loge" (damit hat sich diese deutschsprachige Loge ihren Namen verdient) und die passende Vertonung besorgte der Vater. Natürlich machte sich die Blutverwandtschaft in der Auffassung und im Ausdruk stark bemerkbar.

Sehr gut wurde „Die Ehre Gottes" — „Sapru Schemajim" vorgeführt mit Chor und Orchester Beethovens, mit auffallend guter Orchestrierung von Dr. Chanan Winternitz. Ein Potpourri in Jiddisch wurde vom Publikum freundlich aufgenommen. Im zweiten Teil hat sich der *hervorragende Klarinettist* Krämer vorgestellt (Mozart-Konzert); die gute Sopransängerin aus Bukarest sang drei Opern-Arien und das Orchester spielte unter Leitung von Laszlo Roth „Drei ungarische Tänze" von Brahms und „Aufruf zum Tanz" von Weber in tadelloser Auffassung. Im ganzen also ein gut gelungener Abend, bei dem das Publikum das zwiefach gute Gefühl hatte, einen musikalischen Genuss erlebt und neu eingewanderten Künstlern geholfen zu zu haben. Ein offizielles Konzert lohnt sich auch aus Propaganda-Gründen, da, wie wir hören, schon am selben Abend eine ganze Reihe von neuen Anwärtern sich meldete.

D. W.

Unser Musikkritiker befindet sich im Urlaub. Wir bringen daher den obenstehenden Brief anstelle einer Kritik. Die Redaktion

O GHADAFI, O GHADAFI !

Libyens Staatschef Ghadafi ist ein Mann, der die sowieso schon einiges gewohnte politische Phantasie anregt, ja, der selbst zu den phantastischen Figuren dieser Weltstunde gehört. Durch Öl im Besitz von viel zuviel Geld, von islamischer „mystique" inspiriert, ein Missionar, unbedenklich in der Wahl der Mittel, ist er mit seiner Ermunterung und Finanzierung konspirativer, terroristischer Politik nicht weit gekommen. Und bei Sadat kam er gar an den Falschen. *Die* Spannung mit Ägypten hat so zugenommen, dass Post vom Nil Empfängern in Libyen nicht mehr zugestellt wird, Reisende aus Kairo an der Grenze mit Ohrfeigen traktiert werden, ägyptische Schiffe nicht *mehr in libyschen Häfen* vor Anker gehen. Formell ist Libyen immer noch mit Ägypten und dem Sudan in einer Dreierföderation verbunden, doch Ägypten scheint davon genug zu haben. Sadat enthüllte, dass Ghadafi ihn umbringen lassen wollte, und Zeitungsmeldungen sprechen davon, er habe von Libyens Ministerpräsidenten Dschallud Ghadafis Entfernung bis 18 August gefordert. Dabei bekam man auch zu hören, Kairo sei gerne bereit, *Libyens Forderung* nach Rückgabe der für den Jom Kippur-Krieg ausgeborgten ‚Mirage'-Abfangjäger nachzukommen. Gab es da nicht seinerzeit feierliche Dementis der Beteiligten wie aus Frankreich, ein derart *vertragswidriger Einsatz dieser* Maschinen fände nicht statt? Aber so ist es eben, im Waffengeschäft wie in der Politik. Was heute Lüge ist, kann morgen wahr sein. („Die Presse")

Deutsches Fernsehen berichtet ueber Forschung in Israel

Im Hauptprogramm des ersten deutschen Fernsehens ARD befasste sich die Sendung „Bilder aus der Wissenschaft" mit der Situation der Forschung in Israel. Verfasser des Beitrages war Hans Lechleitner, der Leiter der Wissenschaftsredaktion des Bayerischen Rundfunks.

Ausgehend von der besonderen politischen Lage, stellte der Journalist die Frage, ob sie Einfluss auf die Wissenschaftler des Landes ausübt.

Fazit seiner Recherchen, die er an der Hebräischen Universität Jerusalem, dem (archäologischen) Rockefeller-Museum und im naturwissenschaftlichen Weizman-Institut anstellte: „Israelische Wissenschaftler haben einen eigenen Stellenwert, wie man ihn hierzulande höchstens noch vor zwanzig Jahren kannte — sie sind ‚Diener des Staates' und ‚kleine Herrgötter' zugleich."

Während in der westlichen Welt Forscher aller Disziplinen hinsichtlich ihrer Ziele auf zunehmende Kritik auch aus den eigenen Reihen stossen, stehen ihre israelischen Kollegen einer solchen Einstellung befremdet gegenüber. Die Mitarbeit an militärischen Projekten wird von den meisten „geradezu als ein Bedürfnis" angesehen. „Diese Haltung d. israelischen Forscher lässt sich durch deren ständiges Bemühen erklären", meint Lechleitner, „die zahlenmässige Überlegenheit der Araber durch ‚Köpfchen' auszugleichen."

Die öffentliche Meinung Israels hat die Bedeutung seiner Wissenschaftler deutlich erkannt. Zitiert Lechleitner: „Das Land könnte nicht existieren, wenn nicht die Hebräische Universität vor dem Staat gegründet worden wäre."

Andererseits, so beobachtete der Journalist, hat die „geradezu kindliche Wissenschaftsgläubigkeit der Israelis auch grosse Nachteile für das Land mit sich *gebracht. Schon jetzt gehört die* Küste zwischen Haifa und Gaza zu den verseuchtesten des gesamten Mittelmeeres…"

RADIO und FERNSEHEN

nerstag, 15.8.1974
ichten: jede Stunde.
Programm A:
instler-Palette, Dirigent eux. 9.05 Opernklänge oubadour". 10.05 Recijamin Kaplan (Pianist). on Haydn u.a. 11.00 Iw- 5 Für Schüler und Kinden Ferien. 11.45 Ge- ı über Erez Israel, Araektionen. 12.05 Musikach. Respighi. u.a. 13.05 konzert". 14.10 Für nd Kind. 15.05 Radioion. 15.30 Volkslieder. chdiskussion. 16.05 Eine Iwrit. 16.06 „Das israelisik-Festival 1974" Diriry Bertini. Werke von g, Mahler. 16.55 Engachrichten. 17.05 „Das israelische Musik-Festival". 18.55 Für den Landwirt. 19.25 Klassisch und leicht. 20.05 „Hier Studio 1". Musik-Magazin. 22.05 Das Magazin für die Familie. 23.05 Musik zum Tagesabschnitt: Felix Mendelssohn — Portrait eines Schöpfers. 00.05 Ein kurzes Gedicht.

Programm B:
6.10 Morgengymnastik. 6.20 Musikalische Uhr. 6.59 Eine Minute Iwrit. 7.25, 7.35 Lieder für Dich. 7.55 Grünes Licht. — 8.10, 9.05 Morgenlieder. 10.05, 11.05 Für die Hausfrau. 12.05 Im Arbeitsrhythmus. 13.05 Lieder u. Neuigkeiten. 14.10, 15.05 Mir und Dir — Lied und Gruss. 16.05 Eine Minute Iwrit. 16.06 Lieder rund um die Welt. 16.30 Kurzer Quiz. 16.35 Lieder rund um die Welt. 17.05 Radio für Teenager. 18.05 Wenn der Jasmin blüht: Orientalische Lieder. 18.45 Sport. 21.00 „Die Geschichte einer Personalakte", mit A. Salomon. 22.05 Musikprogramm. 23.05 „Unter uns — Diskussionen über persönliche Angelegenheiten. 00.05 „Unter uns".

Militärsender:
8.05, 9.00 Künstler-Palette: Mit dem Dirigenten Pierre Monteux u.a. 9.05, 9.55 Opernklänge: Verdi: Auszüge aus „Troubadour". 10.05, 10.55 „Recital": Benjamin Kaplan, (Pianist). Werke von Haydn, Ireland und andere. 12.05, 13.00 Musikstücke: Bach. Respighi u.a. 13.05, 14.00 Mittagskonzert: Bruckner u.a. — 16.06, 16.55 „Das israelische Musik-Festival". Dirigent: Gary Bertini. Werke von Mahler. — 20.05, 21.00 Hier Studio 1: Magazin für Musik mit Edna Anati und Avi Chanani. *21.00, 22.00* Neue Klänge: Zimmermann, Anderson u. Ekolond. 23.05, 24.00 „Musik zum Tagesabschnitt": „Mendelssohn und Schumann".

Schulfernsehprogramm:
16.00 Englisch. 16.32 Englisch. 16.44 Gil Aldema und Ezra Allon. 17.00 Televion für die Jugend.

Fernsehprogramm:
17.30 Nachrichten. 17.32 Zirkus. 17.40 Daktari. 18.30 Arabische *Programme*. 20.00 Kol-Bo-Tek — Magazin für alles. — 20.30 Mabat. 21.00 Hawai 5-0. 21.50 Kopfwäsche. 22.30 Sport: Spiel der Woche. 23.20 Tagesabschnitt — Nachrichten.



APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Donnerstag, nachts bis 23 Uhr: *Kikar Hamedina*, Tel. 258046, Ben Jehuda 183, Tel. 242673.

Ramat Gan: und Umgebung: Bialik 50. Tel. 722237.

Bnei Brak: Hamaccabim 43.

Herzlia und Umgebung: Raanana. Achusa.

Bat Jam: Balfour 45.

Cholon: Geulim 44.

Natania: Schaar Hagai 14, Tel. 22695.

Ramla—Lod: Lod, Herzl 23.

Beer Schewa: Herzl 72.

Haifa bis 21 Uhr: Kirjat Jam Bet, *Tel. 713890. ab 21 Uhr:* MDA, Tel. 512233.

■

AERZTEDIENST:

Tel Aviv: Dr. Har Ewen Epsteinstr 6, Tel. 443281.

Magen David Adom Aerzte Nachtdienst T.-A. Tel. 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" *T.-A MDA Tel. 101 G[illegible]sch* Dan: MDA, Hagilgalstr. 42 Tel. 781111, Ramat Gan; Aschdod: MDA, Tel. 22222; Natania: MDA. Tel. 23333: Bat Jam; MDA Telefon 863333 Cholon: MDA. Tel. 843132; Petach *Tikwa: MDA, Tel.* 912333: Zfat: MDA, Tel. 101: Rechowot: MDA, Telefon 951333 Rischon Lezion: MDA. Telefon 942333; Herzlia; MDA, Tel 981333; Haifa: MDA. Tel. 101: Jerusalem: MDA, Tel. 101 *Arad: MDA, Tel. 057-97222.*

Kupat Cholim Merkazit 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens: MDA, Tel. 101, Dr. Watts. Allenbystr, 50, Tel. 50888 (nur tagsüber); Dr. Marc Dona, Hachasmonaimstr, A, Tel. 248228

Kupat Cholim „Assaf": Dan: Aviv: Tel. 101; Gusch Dan; Tel. 781111; Bat Jam: Tel. 863333; Cholon: Tel. 843133; Haifa: Allgemeiner und Kinderarzt, Tel. 254630.

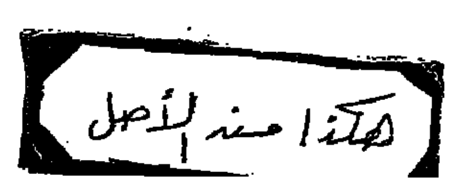
KINOPROGRAMM

TEL-AVIV:
ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Cinderella Liberty
CINEMA ONE: Some Like it Hot
CINERAMA: My Name is Nobody
CHEN: Paper-Moon
DEKEL: „What?"
DRIVE-IN 8.00 Uhr: Aristocrats (Walt Disney) 10.00 Uhr: Loot
ESTHER: Papillon
GAT: Avanti
GORDON: Indian Summer
HOD: The Story of Jacob und Joseph
LIMOR: The Great Dictator
MAXIM: Le Grand Bazar
MOGRABI: Chained to Yesterday
ORDAN: Love Story
OPHIR: Tough Guys
ORLY: Goodbye Stork, Goodbye
PARIS: Light of Nowhere
PEER: La bonne Annee
TCHELET: Go West
STUDIO: Big Eyes
TEL-AVIV: Butch Cassidy and the Sundance Kid
ZAFON: My Name is Nobody

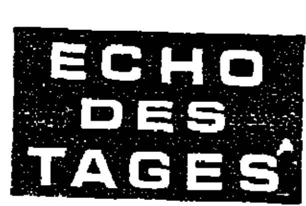
RAMAT GAN:
KINO LILLY: 7.15 und 9.30 (2. Woche) Serpico, 4.00 Uhr: Asit Hazanchanim.

JERUSALEM
ARNON: *The Great Dictator*
CHEN: The Syndicate Will Pay
EDEN: The Sting
EDISON: Black Dragon
MITCHEL: Deux Hommes Dans La Ville
ORION: The Three Musketeers
ORNA: The Way we Were
HABIRAH: Ash Wednesday
JERUSALEM: Becket
ORGIL: The Story Of Jacob and Joseph
SEMADAR: Kazablan
RON: Play it Again, Sam

HAIFA
AMPHITHEATRE: Le Grand Bazar
ARMON: The Sting
ATZMON: My Name is Nobody
CHEN: „Light out of Nowhere"
MIRON: Malizia
MORIAN: Daughters, Daughters
ORDAN: The Godfather
ORION: The way of the Tiger
ORAN: The Story of Jacob and Joseph



חדשות ישראל



חידוש הקרבות בקפריסין

קשה להבין, למה פרצו אתמול שוב הקרבות בקפריסין. גם עדיין לא ברור, אם אמנם מדובר הפעם על כשלון מוחלט של ועידת ג׳נבה בענין קפריסין או שמא לבדו כאן הטורקים מן המצרים והסורים כיצד להחיש משא ומתן דיפלומטי או להשפיע על מהלכו ע״י מעשי איבה.

לא רק אנו, המרוחקים יחסית, מתקשים להבין את הסיבות לחידוש הקרבות האמור. גם היוונים בוודאי מתקשים להבין את ההבדל שבין „קנטוניזציה" לבין חלוקה של קפריסין לשתי יחידות אוטונומיות. יתרה מזו: יתכן שבסופו של דבר היו היוונים מסכימים במידה זו או אחרת להצעות הטורקים בענין זה — לו ניתן להם זמן מספיק לליבון הצעות אלו.

עם זאת מותר להניח שהאמריקנים, האנגלים וגם האו״ם יגבירו את מאמציהם ליישוב הסכסוך הטורקי־היווני. שתי מדינות אלו הן אמנם חברות בנאט״ו, אבל הטורקים נתמכים הפעם ע״י הסובייטים. בלהבה גלויה בין יוון לבין טורקיה עלולה להחיות את הסכנה של עימות בין ארה״ב לבין בריה״מ — סכנה שלמנוע ביטולה בילה ד״ר קיסינג׳ר לא מזמן שבועות באזורנו.

ו. ט.

Wiederaufnahme der Kaempfe in Zypern

Den Aussenstehenden — wie z.B. den Israelis — mag es unverständlich sein, warum die Kämpfe zwischen den Türken und den Griechen gestern in Zypern wieder ausbrachen. Um es genauer auszudrücken: die Kämpfe wurden und werden auch jetzt wieder geführt zwischen den türkischen Invasionstruppen auf Zypern einerseits und der aus Griechen gebildeten Zypriotischen Nationalgarde andererseits. Es ist augenblicklich noch nicht klar, ob die Wiederaufnahme der Kämpfe von Seiten der Türken einen endgültigen Zusammenbruch der Genfer Konferenz über die Zypernfrage bedeutet, oder ob hier die Türken von den Aegyptern und den Syrern gelernt haben, wie man politische Verhandlungen durch Kampfhandlungen beschleunigt, beziehungsweise beeinflusst.

Nicht nur wir Aussenstehenden sondern auch die meisten Griechen dürften den Unterschied zwischen einer Teilung Zyperns in zwei autonome Staatsgebilde kaum unterscheiden können von einer Kantonisierung der Insel. Doch wie es scheint, ist es die türkische Forderung nach dieser oder jener Art der Teilung Zyperns, welche zum Scheitern der Genfer Verhandlungen geführt hat. Dabei ist es merkwürdigerweise gar nicht klar, ob die Griechen nicht schliesslich und endlich einer Art Kantonisierung Zyperns zugestimmt hätten. Man möchte fast annehmen, dass das türkische Ultimatum — welches zwar verlängert wurde — absichtlich so kurzfristig gehalten war, dass im voraus ein Erfolg der Genfer Konferenz in diesem Stadium unmöglich wurde.

Das bedeutet aber keineswegs, dass die Verhandlungen nicht nach gewissen militärischen Erfolgen der Türken auf Zypern doch wieder in Genf erneuert werden können. Eine solche Wiederaufnahme der Kontakte zwischen Griechenland und der Türkei ist umso wahrscheinlicher als nicht nur die Amerikaner sondern auch die Engländer sowie die UNO daran interessiert sind, einen griechisch-türkischen Krieg zu vermeiden. Eine Fortsetzung der Kämpfe auf Zypern in grösserem Ausmasse muss aber doch früher oder später zum Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen den beiden verfeindeten NATO-Mitgliedern führen.

Uebrigens ist Zypern nicht der einzige Grund für die Spannungen, welche schon seit einiger Zeit zwischen Griechen und den Türken herrschen. Die Türken haben nämlich mit der Suche nach Erdöl im Aegäischen Meer begonnen — eine Aktivität, welcher sich die Griechen energisch widersetzen, weil sie das Aegäische Meer als ihr Hoheitsgebiet betrachten. Diese Ansicht der Griechen ist nicht so unbegründet, denn ein Grossteil der Inseln im Aegäischen Meer gehört zu Griechenland. Die Türken hingegen behaupten, dass die Erdölvorkommen im Aegäischen Meer auf der Kleinasien vorgelagerten Bodenschwelle liegen und dass sie somit das Recht haben, in diesem Meeresstreifen nach Bodenschätzen zu suchen.

Das Problem wird aber noch weiter kompliziert durch die Tatsache, dass die beiden am Disput beteiligten Staaten zwar NATO-Mitglieder sind, aber die Türken dabei doch von den Sowjets — zumindest indirekt — unterstützt werden, während die Sympathie des Westens ganz unverhüllt den Griechen gehört. Bisher hat sich der seinerzeit im Nahen Osten so unermüdlich hin- und herpendelnde amerikanische Aussenminister Dr. Henry Kissinger nur von Washington aus in den griechisch-türkischen Konflikt eingeschaltet. Die Engländer wiederum, welche auf Zypern noch immer einige Militärbasen besitzen, haben sich bisher auf die Absicherung dieser Basen und die Evakuierung der in Zypern gestrandeten zahlreichen ausländischen Touristen beschränkt. Die UNO aber hat auf der Insel nicht genügend Truppen, um sich an der Verhinderung der Kämpfe aktiv beteiligen zu können. Es wird jedoch über kurz oder lang all diesen Faktoren nichts anderes übrig bleiben, als eine intensive diplomatisch-politische Tätigkeit zu entwickeln, um einen Krieg zwischen den beiden NATO-Staaten zu verhindern. Im Hintergrund lauert nämlich die Gefahr, dass sich früher oder später die Sowjetunion in einen solchen Krieg auf Seiten der Türkei einschaltet. Damit wäre jene Situation einer amerikanisch — sowjetrussischen Konfrontation heraufbeschworen, die zu verhindern Kissinger seinerzeit den Nahen Osten wochenlang bereiste.

W.T.

TOTO-SPIEL WIRD TEURER

Die Einsatzgebühr für die Teilnahme am Toto wird sich vom 1. September an nochmals erhöhen: **80 Ag. für eine Kolonne** werden nunmehr bezahlt werden müssen.

Es ist dies bereits die zweite Gebührenerhöhung innerhalb eines Jahres — zunächst von 30 Ag. auf 50 Ag. und jetzt nochmals um 30 Ag. auf 80 Ag. Seit der ersten Gebührenerhöhung ist die Spielteilnahme am Toto um 20% zurückgegangen.

Die Totoverwaltung ist jedoch bereit, 2% von ihren Ausgaben einzusparen und den Sportinstituten zur Verfügung zu stellen. Ein solcher Vorschlag war vor einigen Tagen von der Unterkommission der Knesset für Anliegen der Sportförderung, die unter dem Vorsitz von MdK Chaim Korfu steht, der Totoverwaltung übermittelt worden.

HOEHERE PRAEMIEN FUER FAHRZEUG-VERSICHERUNG GEFORDERT

Die Versicherungs-Gesellschaften bestehen auf ihrer Forderung, eine Erhöhung der Prämien für die Fahrzeugversicherung um 20—25% bewilligt zu erhalten.

Das Defizit der Versicherungs-Gesellschaften hatte im Jahre 1973 bereits eine Summe von 50 Millionen IL erreicht und scheint allen Anzeichen nach zu urteilen noch wesentlich anzusteigen. Im Monat Juli hatte sich die Zahl der Verkehrsunfälle um 15% und die Zahl der Verkehrsopfer um 20% gegenüber dem Vormonat erhöht. Die im Dezember 1973 zugebilligte Tariferhöhung von 12% könne diese Mehrbelastung nicht ausgleichen, erklären die Versicherungsfirmen.

Die Antwort des Finanzministeriums auf diese Forderungen steht noch aus.

MINISTER HILLEL SPRICHT VON EINBERUFUNGEN ZUR BÜRGERWEHR

Der Verkehrsminister berichtet der Knesset ueber seine Plaene

In der Knesset nahm **Minister Schlomo Hillel** zur Frage der Bürgerwehr („Mischmar Esrachi") Stellung. Er betonte, dass er aufgrund eines bereits bestehenden Gesetzes die Vollmacht hat, Staatsbürger im Alter von 22 bis 55 Jahren für eine Dienstleistung in der Bürgerwehr zu verpflichten und **von dieser Vollmacht Gebrauch nehmen müsse**, wenn weitere Freiwilligenmeldungen ausbleiben. Der Bürgerwehr werden automatische Waffen zur Verfügung stehen, fügte er hinzu.

Verkehrsminister Gad Jaacobi erklärte in Beantwortung einer Anfrage, dass er den El Al-Flugzeugen die Erlaubnis gegeben habe, die Insel Zypern südlich zu umfliegen. Dieser Umweg gewährt die Aufrechterhaltung der Luftverbindung mit Israel auch nach der gestern verfügten Sperre des Luftraums. El Al hat den Flugbetrieb ohne Unterbrechung aufrechterhalten und in zusätzlichen Flügen auch jene Passagiere befördert, die nach dem Abbruch des Flugverkehrs durch einige ausländische Gesellschaften nicht von Lod abreisen konnten.

In seinem anschliessenden Tätigkeitsbericht kam der Minister auf die Zukunftspläne im Landes-Verkehrswesen zu sprechen. Es ist an den Bau eines weiteren internationalen Flughafens wahrscheinlich im Bereich Beer Schewa, gedacht, für dessen Errichtung jedoch noch etwa 30.000 Dunam Boden erworben werden müssen, ferner an den Bau eines Hafens für Ozeanschiffe im Gebiet von Pitchat Rafiach im Gazastreifen und an den Ausbau der Eisenbahnlinie nach Ejlat.

Die Schliessung der Jerusalemer Museen soll auf Antrag des Erziehungsministers aufgeschoben werden.

Bürgermeister el Jaabri von Hebron, der früher jordanischer Parlamentsabgeordneter gewesen war, besuchte erstmals eine Sitzung der Knesset und sprach mit deren Vorsitzenden Israel Jeschajahu. Der Bürgermeister erklärte bei dieser Gelegenheit, dass er das Erlernen der hebräischen Sprache als eine Notwendigkeit für die Kommunalbeamten von Hebron erachte.

HOEHERE AUSFALLBUERGSCHAFTEN

Der Finanzausschuss der Knesset bestätigte eine Bürgschaft in Höhe von 6 Millionen IL für die Erwerber der Cecil-Textilwerke, die einen Kredit in Höhe von 18 Millionen IL benötigen. Hieran wurde jedoch die Bedingung geknüpft, dass die neuen Besitzer den Restbetrag von 12 Millionen IL aus eigenen Mitteln aufbringen müssen. Zugleich wurde die Ausfallbürgschaft der Regierung für die Porchester-Textilwerke, denen eine Betriebsschliessung droht, von 3 Millionen IL auf 6 Millionen IL erhöht.

Hamburger Oper kommt zu den Festspielen

Die Hamburgische Staatsoper und das Philharmonische Staatsorchester Hamburg werden zu den Gastspielen im Rahmen des Festivals nach Israel kommen.

Dieses Gastspiel stand bereits vor einigen Wochen in Gefahr, als ein Orchestermitglied seine Teilnahme mit dem Grund verweigert hatte, dass Israel ein Kriegs- und Krisengebiet sei und er sein Leben und sein Musikinstrument gefährdet sehen müsse. Die Erstinstanz hatte ein Klagebegehren in diesem Sinne abgewiesen, jedoch in der Urteilsbegründung hinzugefügt, dass der klagende Geiger nicht nach Israel mitreisen müsse, wenn bis zum Beginn des Gastspiels ein Krieg im Nahen Osten ausbrechen sollte. Nachdem tatsächlich ein Krieg in diesem Bereich, nämlich auf Zypern, ausgebrochen war, schlossen sich 70 andere Orchestermitglieder der Weigerung an und brachten die *Angelegenheit vor die Berufungsinstanz.*

Diese Berufungsklage wurde nun abgewiesen. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, dass ein Künstler auch eine gewisse Gefährdung im Interesse des Ansehens seines Orchesters in Kauf nehmen müsse. Ein Gastspiel in Israel liege zudem im besonderen Interesse der deutschen Kulturarbeit im Ausland. Das Aussenministerium der Bundesrepublik beurteilt die Situation im Nahen Osten keineswegs als so gefährlich, dass die Absage des Gastspiels erforderlich wäre.

Ein Teil des technischen Personals traf bereits mit einem El Al-Flugzeug in Israel ein. Die 400 Künstler werden am kommenden Schabbat erwartet. Der Oberbürgermeister von Hamburg wird das Orchester begleiten.

Kibbuzmitglieder stellen sich zu Arbeiten der Armee zur Verfuegung

Angesichts der dringenden Notwendigkeit, die Panzerfahrzeuge Zahals so schnell wie möglich in kampffähigen Zustand zu bringen, wandte sich die Armeeleitung an die Kibbuzbewegung mit der Bitte, Freiwillige für diese Arbeiten zur *Verfügung zu stellen.*

Dutzende von Mitgliedern der Kibbuzim, welche technisch ausgebildet sind, haben sich freiwillig zur Ueberholung der Kampfpanzer und anderer Fahrzeuge gemeldet. An der Spitze dieser Freiwilligen-Meldungen steht Nachum Sarig, der während des Befreiungskrieges eine Palmach-Brigade *kommandierte und der* im Jom Kippur-Krieg einen Sohn verlor.

Berufung im Mordprozess Urian vom Obersten Gericht abgewiesen

Das Oberste Gericht wies die Berufung gegen das Urteil für Amos Urian, der des Mordes an einem Wächter der „Brinks"-Gesellschaft zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden war, ab, kam jedoch zu der Ueberzeugung, dass die Anklageschrift ungenau abgefasst war.

Urian wurde vor dem Bezirksgericht Tel Aviv beschuldigt, dass er am 27. Oktober 1972 in die *Räume der Gesellschaft im* Migdal Schalom eingedrungen war und dort den Wächter Dow Liwne, der zu dieser Stunde *Dienst tat, ermordet hatte.* Am Abend dieses Tages gegen 18.30 Uhr wurde Urian von einem der Angestellten der Gesellschaft gesehen wie er mit einer Pistole in der Hand in das Treppenhaus lief. Um 18.40 Uhr erhielt die Polizei einen Telefonanruf von Liwne, in dem es hiess: „Wir werden beraubt, aber alles ist in Ordnung." Eine Polizeipatrouille kam sofort zum Gebäude und fand Liwne blutüberströmt vor. Auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb er.

Der angeschuldigte Urian leugnete, dass er zu diesem Zeitpunkt im Gebäude der „Brinks"-Gesellschaft gewesen sei. Er sei vielmehr mit Freunden zusammen bis zum nächsten Morgen *in seiner Wohnung gewesen.* Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Libai, hatte angeführt, dass der Belastungszeuge eine falsche *Aussage geleistet haben muss.* Diese steht zudem in Widerspruch zu der Aussage eines anderen Zeugen, der um 18.35 *Uhr mit Liwne telefonisch* gesprochen hatte und eine völlig ruhige Stimme vernommen hatte. Ein dritter Zeuge hatte ausgesagt, dass Urian zwar im Gebäude gewesen sei, dieses aber schon um 18.30 Uhr, also noch vor dem Telefonanruf Liwnes bei der *Polizei, fluchtartig* verlassen hatte. Der Rechtsanwalt nimmt an, dass ein Aschkenase den Sefarden Urian aus Hassgefühlen belasten wollte.

Die Richter Cohen, Manni und Ezioni nahmen diese Erklärungen zur Kenntnis, konnten aber aus den vorgebrachten Einzelheiten keine Aenderung des Ersturteils rechtfertigen. Die Tatsache, dass Urian im Gebäude der „Brinks"-Gesellschaft war, scheint ohne Zweifel festzustehen, denn es ist in den Zeugenaussagen von einem Eintreffen und von einem Verlassen des Gebäudes die Rede. Die Zeitan*gaben der Augenzeugen weisen* zu geringe Unterschiede auf, um hieraus einen Meineid ableiten zu können. Auch hatte die Polizei Spuren der Mordtat an der Kleidung und am Körper von Urian nach dessen Verhaftung entdeckt.

Aus der Anklageschrift ergibt sich aber nicht mit genügender Klarheit, ob die Verurteilung wegen einer vorbedachten Mordtat an Liwne oder wegen einer Mordtat in Zusammenhang mit einem beabsichtigten Raub erfolgt ist. Dieser Mangel müsse die Beurteilung der Straftat erschweren, wenn auch das Straf*mass keine Aenderung erfahren* kann.

aus dem Lande

Ein Herzanfall war die Todesursache, an der die 58jährige Frau Zofi Aschtemkar aus Tel Chanan am Montag verstarb *— dies ergaben die polizeilichen* Nachforschungen. Es wird jedoch nicht ausgeschlossen, dass ein Familienstreit, der dem Tod der Frau vorangegangen war, diesen Herzanfall bewirkt hatte. Der Ehemann der Verstorbenen wurde inzwischen von der Polizei festgenommen.

Bei der Explosion eines elektrischen Zündsatzes erlitt ein 14jähriges Mädchen aus Haifa schwere Verletzungen. Ihr 9jähriger Bruder hatte diesen gefährlichen Zündsatz, der die Explosion von Sprengkörpern auslöst, auf der Strasse gefunden.

Das Landes-Arbeitsgericht erkannte den Augenschaden, den sich ein Röntgentechniker zugezogen hatte, als Berufserkrankung an. Die Nationalversicherung wollte nur Invalidität seit *dem Monat März 1972 anerkennen*, muss aber jetzt nach dem Urteil der Berufungsinstanz die Bezüge für Arbeits-Invaliden von Be*ginn des Jahres 1968* an auszahlen.

Die Stadtverwaltung von Bnej Brak betreut 120 ältere Personen im Rahmen ihres Urlaubsprogramms. Für die Dauer von zehn Tagen wird Aufenthalt in einem Heim von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags mit vier Mahlzeiten und einem reichen Veranstaltungsprogramm, darunter auch zwei Ausflügen geboten.

In der Stadt Haifa haben sich für die Bürgerwehr bisher 2.000 Personen freiwillig gemeldet, darunter 47 Angehörige der nationalen Minderheiten und 42 Frauen. Im ganzen Bezirk Haifa haben sich bisher 3.400 Freiwillige gemeldet, von denen bereits 2.800 im Einsatz stehen. Sie haben dazu beigetragen, dass die Einbrüche, Diebstähle und Ruhestörungen wesentlich nachliessen.

Aus dem Kurszettel der Tel-Aviver Börse

	13.8.1974	14.8.1974
OBLIGATIONEN		
6% Devel. Loan Serie 4 bearer $ linked	269.5	269.5
6% Israel Electr. „B" $ linked	143.3	143.3
6% Industrial Devel. Bank Serie 8 $ linked	237.5	237.5
5% Dead Sea Works bearer $ linked	143.4	143.4
6½% Zim $ linked	125.5	126.5
Milve Klita 1961 Index 126,3	290	288.5
Milve Klita 1962 Index 132,6	270	270
Milve Klita 1964 Index 138,5	369	369
Milve Klita 1965 Index 110,1	321	323
Milve Klita 1966 Index 118,6	292	292.5
Milve Klita 1967 Index 118,9	283	283
AKTIEN-MARKT		
Ozar Hitiaschwut ord. shares reg.	199	198
I.L.D.C. Bankholding Ord sh.	220	220
Bank Leumi „A" ord. stock	221.5	219
General Mortg. Bank ord. shares bearer	244.5	243
Isr. Dev. & Mortg. Bank „B" ord. sh.	242	242
Hassneh Insurance ord. shares	165	165
Housing Mortg. Bank „B" ord sh.	218	218
Delek ord shares reg.	136	134
Pal. Cold. Stor. & Suppl. IL 10	160.5	161
Africa Pal. Investments ord. sh. reg. IL 10 p.	284	289
Israel Land Development ord. sh. reg. IL 10	141.5	142
Solel Boneh Build. Works 10% bearer	120	120
Mehadrin	172	167
Anglo Israel Investment	183	183
Neot Aviv	79.5	78.5
Rassco 8% pref. ord. shares reg.	80.5	80.5
Ata „C" ord. reg. shares	110	110
Dubek	435	425.5
Phoenicia 8% ord pref part bearer	81	80
Amerikan Israel Papper Mills	275	268
Assis	204	202.2
Elgar Investment bearer	85	85
Ellern Investment Ltd. bearer	162.5	162
Paz Investments	90.5	90.5
Wolfson Clore Mayer Corp. reg. IL 10	84	84
Discount Bank Inv. bearer	153.5	154.5
Bank Leumi Investment ord. shares	180.5	179
Export Bank Investment	63.5	65.5
Clal Industries	156	156
Naphta Ltd. ord. shares	90	90
Lappidot ord. shares reg.	178	178
I.L.D.C. 10% conv. deb.	74	74
Ata 10% conv. deb.	82	83
D-Mark per $	2.6070/120	2.6125/50
Swiss Fr. per $	2.9860/90	2.9820/60
D-Mark	1.59	1.59
Natad (unter Banken)	4.59	4.64

TENDENZ AM GESTRIGEN BORSENMARKT
übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet Bank
Ohne Obligo

** = ex. rights K = Nur Käufer
* = ex. coup. div. V = Nur Verkäufer
S = Schlusskurs

Dollar Bonds: unverändert
Index Bonds: schwächer
Aktien: schwächer



ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE
— Nr. 191 —
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 32675
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Redaktion: Tel. 30014
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32676
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52

…ppenentflechtung Israel-Jordanien

SCHW…

…Das Jackson — Amendment wird durchgehen

INDEX STIEG UM 1,4…

